

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 225 · 19. JAHRGANG · AUSGABE 10/2013 VOM 1. OKTOBER 2013 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Neuordnung der
Eberswalder Ortsteile**
Stadtverwaltung prüft Neugliederung

7 | **Suboptimal
ist gut**
Kreistag Barnim im September

12/13 | **Erinnerungen an einen
sanften Kämpfer**
Lothar Bisky (1941-2013)

Schulsozialarbeiter für jede Schule

Eberswalde (bbp). Die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) Eberswalde hat vorgeschlagen, »für jede Schule in städtischer Trägerschaft zum Schuljahresbeginn 2014/2015 eine Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit bereitzustellen«. Die vorhandenen Teilzeitstellen sollen dabei möglichst ohne Personalfluktuations zu Vollzeitstellen erweitert werden. Dabei soll auch die Möglichkeit gegeben werden, die Stellen dadurch zu schaffen, »indem anerkannte Träger der freien Jugendhilfe mit der Durchführung der Sozialarbeit an den städtischen Schulen beauftragt werden«.



Die Fraktion begründet ihre Beschlussvorlage mit einem »höheren Bedarf von Sozialarbeit an den Schulen«, den der Jugendhilfeausschuss des Landkreises Barnim bereits vor zehn Jahren festgestellt hat. »Dennoch werden bislang den städtischen Grundschulen Sozialarbeiter nur stundenweise zugestanden.«

Die städtischen Schulen hätten ihre Forderung nach mehr Schulsozialarbeitern in den letzten Jahren gegenüber dem Schulamt und dem Schulträger mehrfach verdeutlicht, zuletzt im Dezember 2012. Das pädagogische Personal an den städtischen Grundschulen sei meist mit 28 Wochenstunden Unterricht verplant. Es blieben oft nur die Pausen für individuelle Gespräche. »Die Pausen dienen aber auch der Unterrichtsvorbereitung, der Klärung fachspezifischer Fragen, dem Raumwechsel und nicht zuletzt der Erholung.«

Seitens der Schulleitungen werde betont, so die Fraktion, »daß es weniger auf die Quantität ankommt, sondern vor allem Kontinuität notwendig ist, um eine hohe Qualität der Schulsozialarbeit zu erreichen und dabei auch präventiv wirken zu können. Viele Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die jeweils nur wenige Stunden präsent sind und womöglich ständig wechseln, helfen wenig. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit einer ausgeprägten

Sozial- und Fachkompetenz sind für Kinder, Eltern und Lehrkräfte Vertrauenspersonen, die nicht jährlich wechseln sollten. So eine Vertrauensperson sollte langfristig im Einsatz und täglich für die Schülerinnen und Schüler verfügbar sein.«

Die Aufgaben der Stellen für Schulsozialarbeit sollten nach Auffassung der Fraktion in Abstimmung mit den Schulen klar definiert werden. Dabei solle auch die Möglichkeit geprüft werden, nach dem Vorbild der Karl-Sellheim-Schule Anti-Aggressionsräume zu schaffen, die zugleich den Schulsozialarbeitern als Arbeitsplatz (Vertrauensraum, Gesprächszimmer) dienen könnten.

»Der fachlich niederschwellige und temporäre Einsatz von Kräften der arbeitsmarktpolitischen Hilfsmaßnahmen, wie Bundesfreiwilligendienst oder 'Bürgerarbeit' u.ä., kann die Arbeit eines professionellen Stammpersonals in der Schulsozialarbeit nicht ersetzen und wird seitens unserer Fraktion abgelehnt«, heißt es abschließend.

Die Beschlussvorlage wird im Ausschuss für Bildung, Jugend und Soziales (9.10.), im Finanzausschuss (10.10.) sowie im Hauptausschuss (17.10.) beraten, bevor die Stadtverordneten am 24. Oktober darüber entscheiden.

Für die einen ein Event...

Die zehnte Shoppingnacht in Eberswalde zog am 13. September wieder zahlreiche Menschen an. Was für die Besucher und Kunden ein zusätzliches kostenloses Event ist und für die Geschäftsinhaber Hoffnung auf höhere Verkaufszahlen, ist für Beschäftigten vor allem ein harter Job.

»Ich hasse diese Shoppingnächte«, klagt beiseitspielsweise die Verkäuferin in einem der beteiligten Geschäfte. Ihren Namen will sie verständlicherweise nicht in der Zeitung lesen. Die berufstätige Mutter braucht das bißchen Geld, das der Verkäuferinnen-Job abwirft. Außerdem, so sagt sie, mache ihr die Arbeit in dem Laden ansonsten großen Spaß.

In ihrem Laden mußte zur Shoppingnacht am 13. September zunächst ein großer Teil der Waren ausgeräumt werden, um den nötigen Platz für die geplanten Aktionen zu schaffen. Als um Mitternacht das Shopping-Event zu Ende ging, war für die Verkäuferin noch lange nicht Schluß. »Nach der üblichen Abrechnung des Tagesgeschäfts war der Laden wieder einzuräumen. Feierabend hatten wir erst gegen 3 Uhr. Und am Sonabend stand ich früh beizeiten wieder im Laden.«

Die Gäste hatten ihren Spaß, die Geschäftsleute Werbung und vielleicht besseren Umsatz als sonst. Ob sich die Mehrarbeit für die Verkäuferinnen auch als Mehrverdienst bemerkbar macht, dazu wollte unsere Verkäuferin nichts sagen. Vor allem die kleineren Läden werden damit ihre Schwierigkeiten haben.

GERD MARKMANN

KPD BAR/MOL/FFO:

»Danke Klaus! Rot Front«

Neuer Vorsitzender gewählt

Altenhof (khh/bbp). Die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aus dem Barnim, Märkisch-Oderland und Frankfurt (Oder) trafen sich am 14. September in Altenhof zur Wahl eines neuen Vorsitzenden. Karl-Heinz Blättermann aus Eberswalde erhielt das einstimmige Vertrauen. Künftig wollen die KPD-Genossen der Region alle drei Monate zur Gesamtmitgliederversammlung in Altenhof zusammenkommen. »Ziel dieser Zusammenkünfte wird es sein«, so der neue Vorsitzende, »den Unrechtsstaat BRD als skrupellosen, menschenfeindlichen Staat zu demaskieren und wirksame Schritte auszuarbeiten«. Beispielsweise für die öffentlichen Auftritte der Neuen Spartakusgruppe, wo der regionale KPD-Vorsitzende als Sprecher und Frontmann agiert und Mitglied des Führungsstabes ist. »Auch andere verbrecherische Aktivitäten des Kapitalismus werden durch uns genau beleuchtet und öffentlich ausgewertet«, sagt Blättermann. Er dankt »dem langjährigen Vorsitzenden der KPD Klaus Weber für seine hervorragende politische Arbeit für die KPD. Viele langjährige Genossen sagen: Danke Klaus! Rot Front.«

Vollkommen unsere Sichtweise

Stellungnahme der »Bürgerinitiative – Gegen den Ausbau der Telekomstraße«

Am 10. September wurde im Eberswalder Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt die »Verkehrsplanerische Untersuchung zu den Entwicklungspotentialen der Biesenthaler Straße« informiert.

Das Ergebnis dieser Untersuchung bestätigt vollkommen und umfassend unsere Sichtweise und Argumente.

· Das vorhandene Straßennetz (BAB 11, B2/L200) ist ausreichend. Eine weitere Parallelstraße dazu ist nicht erforderlich. Hierfür gibt es auch keinerlei öffentliches Interesse. Dies entspricht den Zielen der Raumordnung und des Umweltschutzes im Land Brandenburg.

· Auch ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse besteht nicht.

· Das Gebiet zwischen Finow und Biesenthal ist ein ökologisch herausragender Bereich des Naturparks Barnim mit überregionalen Umweltzielen und als Landschaftsschutzgebiet und Fauna-Flora-Habitat-Gebiet ausgewiesen. Der sensible Umgang mit Natur und Landschaft ist heute mehr denn je Grundsatz zeitgemäßen Straßenbaus.

· Städtebaulich macht ein Straßenausbau keinen Sinn, da der Ortsteil Finow zwischen Märkischer Heide, Poststraße und Biesenthaler Straße durch die Stadt Eberswalde zum Wohnstandort weiter entwickelt wurde und hier Konfliktpotential besteht.

Ein Ausbau der Telekomstraße ist aus wirtschaftlichen und verkehrlichen Erwägungen abzulehnen und würde den regionalen und übergeordneten Umweltzielen widersprechen. Die Bürgerinitiative – Gegen den Ausbau der Telekomstraße – lehnt einen Ausbau der Telekomstraße für den Kraftfahrtverkehr ab.

Das Bemühen der Bürgerinitiative ist auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Einen Radweg können wir uns gut vorstellen und unterstützen alle Maßnahmen, die einerseits den ökologisch herausragenden Bereich zwischen Finow und Biesenthal schützen und andererseits ihn Radfahrern, Inlinern und Wanderern erschließen würden. Somit würde auch die fehlende Radfahrverbindung zwischen Finow und Biesenthal geschaffen werden.

ALEXA REIMANN und THOMAS GILLES

20 Jahre Musikschule

In diesem Jahr feiert nicht nur der Landkreis Barnim, sondern auch unser Musikschulchor »Porta Musica« sein 20jähriges Bestehen. Im Rahmen der Reihe »Guten Morgen Eberswalde« findet am Sonabend, dem 19. Oktober, um 10.30 Uhr, ein Jubiläumskonzert im Paul-Wunderlich-Haus statt.

CHRISTIAN SCHOMMARTZ

Veranstaltungsempfehlungen:

– »Noye's Fludde«, letztmalige Aufführung der Kinderoper von Benjamin Britten
Freitag, 1.11., 18 Uhr, St. Marienkirche Bernau.
Anschließend Festempfang zum 30jährigen Bestehen der Musikschule Bernau in der Regionalstelle Bernau.
– Auftaktkonzert »Jugend musiziert«
Mittwoch, 20.11., 18 Uhr, Märchenvilla Eberswalde
– Weihnachtskonzert »Aves Cantantes«
Sonntag, 15.12., 15 Uhr, Kirche St.-Peter-Paul, Eberswalde
– Weihnachtsliedersingen
Montag, 23.12., 18 Uhr, Marktplatz der Stadt Eberswalde

Bürgerentscheid in Bernau

Bernau (bbp). In Bernau wird es am 20. Oktober einen Bürgerentscheid zum Thema »Ge rechter Straßenausbau in Bernau« geben. Die Initiatoren wollen erreichen, daß der Ausbau von Anliegerstraßen in Bernau ab dem kommenden Jahr nur noch dann erfolgen darf, wenn die Anlieger dem zugestimmt haben. Sie hatten dafür in einem Bürgerbegehren gut 4.500 Unterschriften gesammelt.

In Eberswalde wird seit längerem so verfahren, auch wenn es keinen entsprechenden Stadtverordnetenbeschluß gibt. Den Beschluß zur Durchführung des Bürgerentscheids faßten die Bernauer Stadtverordneten bereits im Frühsommer. Der Bernauer Bürgermeister Hubert Handke (CDU) wandte sich dagegen. Mit der Beteiligung der Einwohner werde, meinte Handke, in die Hoheit der Kommune eingegriffen, weil Infrastrukturmaßnahmen deren Pflichtaufgabe sei. Nachdem bereits die untere Kommunalaufsicht des Landkreises klargestellt hatte, daß sie keine Rechtswidrigkeit erkennen

könne, antwortete nun auch die Kommunalaufsicht des Landes nicht im Sinne von Handke, der daraufhin sein Ansinnen, den Beschluß zu beanstanden, aufgab.

Infolge der Einwände des Bürgermeisters konnte der Bürgerentscheid nicht zusammen mit der Bundestagswahl stattfinden. Die Bernauer werden nun am 20. Oktober ein weiteres Mal an die Urnen gerufen. Kritiker vermuten, daß dies das eigentliche Ziel des Bürgermeisters war, der nun darauf hofft, daß beim Entscheid nur wenige hingehen, so daß das notwendige Mindestquorum nicht erreicht wird. Der Bürgerentscheid wird auch bei mehrheitlicher Zustimmung nur gültig, wenn mindestens 25 % der Wahlberechtigten mit Ja stimmen.

Die Fraktion der Unabhängigen, die das Bürgerbegehren auf den Weg brachten, wollen nun prüfen, inwieweit Handke für die Mehrkosten des zusätzlichen Urnengangs in Höhe von rund 40.000 Euro persönlich haftbar gemacht werden kann.

Neuordnung der Eberswalder Ortsteile

Die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AFW) hat im Juni einen Vorschlag in die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) eingebracht, »die Gebietsgrenzen für die statistischen Bestandserhebungen und -bewertungen in der Stadt Eberswalde (Stadtbezirke) ... an die Grenzen der Ortsteile« anzugleichen.

Das betrifft unmittelbar das Brandenburgische Viertel, das aus städteplanerischer Sicht zum Stadtbezirk Finowtal gehört. Die Einwohnerzahlen des Stadtbezirks übersteigen die Zahlen des Ortsteils um rund 200. Da einmal die Zahlen für Finowtal, ein anderes Mal die Zahlen nur für den Ortsteil genannt werden, führte das in der Vergangenheit mehrfach zu Verwirrungen.

Viel größere Relevanz hat das Problem im Bereich des Leibnizviertels, wie sich inzwischen herausstellte. Städteplanerisch gehört es zur Stadtmitte, politisch jedoch bildet das Viertel zusammen mit Nordend und Westend den Ortsteil »Eberswalde 2«. Der Bereich südlich des Finowkanals und der Stadtteil Ostende sind zum Ortsteil »Eberswalde 1« zusammengefaßt. Auf die Stadtplanung hätte eine Umstellung der Statistik in diesem Bereich gravierende Auswirkungen, da die Bevölkerungszahlen beispielsweise die Grundlage für die Kita- und Schulplanung sowie für die Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen bildet. Dabei macht es durchaus Sinn – man braucht nur auf den Stadtplan zu schauen, das Leibnizviertel der Stadtmitte zuzuordnen. Überhaupt erscheint die städteplanerische Einteilung der Stadtbezirke durchdacht und logisch. Die Einteilung des Stadtgebiets in Ortsteile folgte demgegenüber

ber 1992/93 im Rahmen der damaligen Gemeindegebietsreform wohl eher politischen Gesichtspunkten – eine der Altlasten aus der Amtszeit des ersten demokratisch abgewählten Bürgermeisters von Eberswalde.

Die Fraktion DL/AFW hat inzwischen signalisiert, daß sie mit einer grundlegenden Neugestaltung der Ortsteile entsprechend der planerischen Stadtbezirke gut leben kann. Weil die entsprechende Beschlußvorlage am 26. September zwar in der Tagesordnung stand, aber irrtümlicherweise nicht behandelt wurde, wird nun in der StVV-Sitzung am 24. Oktober erneut darüber beraten. Die Stadtverwaltung will zur Sachlage ausführlich informieren und plant eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung, über die dann Anfang nächsten Jahres zu beraten wäre.

Für das Brandenburgische Viertel würde eine Anpassung an die Stadtbezirksgrenzen eine Gebietserweiterung des Ortsteils um die bislang zu Finow gehörenden Stadtteile Wolfswinkel und Eisenspalterei, einschließlich dem Bereich beidseits der Coppistraße bis zum Oder-Havel-Kanal, bedeuten.

Daß sich die dort Wohnenden schon jetzt in Richtung dieses Ortsteils orientieren, zeigte die jüngste Einwohnerversammlung im Brandenburgischen Viertel. Hier meldeten sich gleich

zwei Bewohner aus dem Bereich Spechthausener Straße/Kleine Drehnitzstraße zu Wort. Und eine dritte Wortmeldung aus dem Westendweg betraf Lärmemissionen aus dem Bereich des toom-Baumarktes, der ebenfalls neu zum Ortsteil hinzu kommen würde. Während diese Änderungen relativ problemlos zu bewerkstelligen sind, hat die Zuordnung des Leibnizviertels zum Ortsteil »Eberswalde 1« wesentlich größere Konsequenzen. Hier muß zweifellos über eine grundsätzliche Neuordnung der Ortsteile nachgedacht werden (vgl. »Demokratie im Wohngebiet«, BBP 6/2007).

Auch hier bieten sich die Grenzen der bisherigen planerischen Stadtbezirke an, als Grenzen der Ortsteile übernommen zu werden. Zur Stadtmitte würden sich Nordend, Westend und Ostende als selbständige Ortsteile gesellen. Schließlich wäre noch zu bedenken, daß auch die Clara-Zetkin-Siedlung von den Stadtplanern nicht ohne Grund als eigener Stadtbezirk betrachtet wird. Im Rahmen einer Neugliederung sollten daher die Einwohner der Siedlung gefragt werden, ob sie sich einen eigenen Ortsteil wünschen.

Auf die ländlichen Ortsteile Sommerfelde, Tornow und Spechthausen hätte die Neugliederung keine Auswirkungen.

GERD MARKMANN

Teure Schandfleckbeseitigung

Eberswalde (bbp). In der Vergangenheit habe er mehrfach die Verwahrlosung des Geländes der einstigen Minol-Tankstelle in Finow in der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung (StVV) angesprochen. Auf der StVV-Sitzung am 26. September konnte Otto Baaz befriedigt feststellen, daß inzwischen mit dem Aufräumen begonnen worden ist. Er sei allerdings verwundert, daß es die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) sei, die dort tätig wurde. Dem Vernehmen nach habe die WHG das Grundstück für 200.000 Euro erworben. Das entspricht einem Preis von etwa 100 Euro je Quadratmeter.

»Für ein sehr stark belastetes Grundstück erachte ich die Kaufsumme für viel zu hoch, zumal die Sanierung des Untergrundes noch hohe Kosten verursachen wird.« Es dränge sich der Eindruck auf, daß die Stadtverwaltung versuche, »städtische Probleme, wie Dreckecken in der Stadt, über die WHG lösen zu wollen«. Ihm sei unklar, sagte der Finower weiter, wie der bisherige WHG-Geschäftsführer Thomas Köchig, »der in der relativ kurzen Zeit seiner Tätigkeit neue positive Akzente in der WHG-Geschäftspolitik gesetzt und das städtische Prestigeobjekt Friedrich-Ebert-

Straße nicht übernommen hat«, diesem Kauf habe zustimmen können.

Otto Baaz fragte den Bürgermeister, wodurch der Kauf des Grundstücks durch die WHG gerechtfertigt war. »Was hat dieser Grundstückskauf mit der satzungsgemäßen Aufgabe der WHG zu tun, ihre Mieter mit gutem und preisgünstigem Wohnraum zu versorgen? Wurde die WHG durch die Stadt zu diesem unvorteilhaften Kauf gedrängt?« Und: »Gab es keine andere und bessere Lösung?«

Bürgermeister Friedhelm Boginski verwies in seiner mündlichen Antwort darauf, daß im Gesellschaftervertrag der WHG auch die Stadtentwicklung als wichtiger Punkt enthalten sei. Die Beseitigung baulicher Mißstände zur Verbesserung des Wohnumfeldes gehöre also durchaus zu den Aufgaben der WHG, die in den vergangenen Jahren an verschiedenen Stellen in der Stadt bereits praktiziert worden sind. Inwieweit die WHG durch die Verwaltungsspitze zum Kauf des Grundstücks gedrängt wurde und ob Alternativen geprüft wurden, dazu sagte Boginski nichts. Auch zum Kaufpreis und der Altlastenbelastung des Grundstücks erfuhren die Zuhörer keine weiteren Neuigkeiten.

Der Choriner LandSalon e.V. lädt ein:

»Kommunikationssicherheit und Datenschutz im Netz. Wie können wir uns schützen?«

Präsentation und Diskussion mit Veit Göritz (Piraten-Brandenburg)

Sonabend, dem 19.10.2013, 19.30 im Bahnhof Chorin.

Die beunruhigenden Meldungen über den umfassenden Zugriff von Geheimdiensten auf unsere Kommunikationsdaten (Telefonverbindungen und eMails) reißen nicht ab. Aufklärung oder gar Abhilfe durch die deutschen Behörden ist nicht zu erwarten. Deshalb stellt sich die Frage, ob und wie wir als Nutzer der elektronischen Medien uns schützen können. Veit Göritz wird in seiner Präsentation an praktischen Beispielen zeigen, wie digitale Daten verschlüsselt werden können und wo die Grenzen dieser Selbstschutzmaßnahmen liegen.

Für Imbiß und Getränke sorgt das »Lindenblatt«-Bistro. Der Eintritt ist frei. Spenden zur Deckung von Unkosten sind willkommen. Wir freuen uns auf Sie/Euch und einen anregenden Abend!

FRANK ADLER

PS.: Für alle, die in Nähe der Bahnstrecke Berlin–Bernau–Eberswalde–Chorin–Angermünde–Schwedt wohnen, ist der Veranstaltungsort bequem per Bahn zu erreichen.

Nun wird nachgedacht

Eberswalde (bbp). Im Mai hatte Carsten Zinn von der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW) in der Stadtverordnetenversammlung anlässlich des Rücktritts der Dezernentin Regina-Dolores Stiehler-Hinz und der folgenden Neuausschreibung unter anderem nachgefragt, ob der Bürgermeister »gegebenfalls strukturelle Änderungen – z.B. eine inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung der Dezernate und Ämter« in Erwägung zieht, »um Anspruch und Realisierungsmöglichkeiten für die neue Dezernentin bzw. den neuen Dezernenten in Übereinstimmung zu bringen«. Die Antwort lautete: »Eine inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung der Dezernate und Ämter wird nicht erwogen, da sich die Gliederung aus 2007 bisher bewährt hat« (BBP 7/2013).

Zur StVV-Sitzung am 26. September informierte Bürgermeister Friedhelm Boginski die Stadtverordneten darüber, daß die Neuausschreibung der Dezernentenstelle gescheitert ist. Die favorisierte Bewerberin habe abgesagt und eine lukrativere Professur »an einer renommierten Universität« angenommen. Dies zeige, daß es immer schwieriger werde, Leitungsposten mit geeignetem Personal zu besetzen. Der Bürgermeister verkündete den vorläufigen Verzicht auf eine Neubesetzung der Dezernentenstelle. Die Aufteilung der Ämter zwischen ihm und den beiden anderen Dezernaten habe sich bewährt. Inzwischen griff der Bürgermeister auch die Anregungen der Fraktion DL/AfW auf und denkt über neue Strukturen im Rathaus nach. Feuerwehr und Tierpark passen nicht so recht zum Sozialen, hat er erkannt.

Carsten Zinn, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DL/AfW, freute sich über den begonnenen Denkprozeß in der Verwaltungsspitze. »Unsere Fraktion ist gerne bereit, den Bürgermeister bei seinem konstruktiven und zukunftsorientierten Nachdenken mit Ideen und Vorschlägen zu unterstützen.«

Neue Fahrradplätze

Eberswalde (prest-ew). Am Eberswalder Bahnhof werden neue Parkplätze für Fahrräder errichtet. Am 23. September begannen die Bauarbeiten an insgesamt 162 Stellplätzen unter der Eisenbahnbrücke. Die Finow Tiefbau GmbH stellt die sogenannten Anlehnbügel für Fahrräder fachgerecht auf. Bis Ende Oktober sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.

Die neuen Stellplätze kommen der gewachsenen Nachfrage entgegen, Fahrräder sicher am Bahnhof stehen zu lassen. An den Bäumen und Laternen vor dem Bahnhof abgestellte defekte Räder wird das Ordnungsamt ab dem 18. Oktober entfernen.

Die Stadt Eberswalde und der Landkreis Barnim wollen mit den neuen Parkflächen für Fahrräder die Bedingungen im öffentlichen Nahverkehr verbessern. Daher beteiligen sich beide je zur Hälfte an den Gesamtkosten von etwa 38.000 Euro.

Die Flüchtlinge kommen

Eberswalde (bbp). Der Landkreis Barnim hat bisher 155 Asylbewerber unterzubringen. Weitere 133 kommen noch bis zum Jahresende. Für 35 von ihnen hat die Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow (WBG) in der Schwärzeseestraße zehn Wohnungen als künftige Unterkunft bereitgestellt. Weil es sich um Flüchtlinge handelt, die direkt aus dem zentralen Aufnahmelager in Eisenhüttenstadt kommen, wurde für zwei Sozialarbeiterinnen und für den Wachdienst eine elfte Wohnung im Erdgeschoß eingerichtet. Mit der Polizei ist darüber hinaus ein Sicherheitskonzept vereinbart worden.

Auf der Einwohnerversammlung für das Brandenburgische Viertel am 16. September hat die Sozialdezernentin des Landkreises Barnim Silvia Ulonska darüber ausführlich informiert. Sie kennt die Gegend sehr gut, weil sie selbst bis zum Jahr 2000 nur zwei Eingänge weiter wohnte. Auf die Frage, wie lange das Asylverfahren dauere, antwortete Ulonska, deren Dezernat nur für die Unterbringung zuständig ist, während die zum Bereich des Finanzdezernenten Matthias Tacke gehörende Ausländerbehörde über das Asylverfahren entscheidet: »Theoretisch soll binnen eines Jahres entschieden sein, ob Asyl gewährt wird oder nicht. Bei uns dauert es aber im Durchschnitt vier Jahre bis zu einer Entscheidung.« Nach dem Unterbringungskonzept des Landkreises sollen Asylbewerber nach dem Übergangswohnen in Heimen oder speziell betreuten Wohnungen, wie in der Schwärzeseestraße innerhalb eines Jahres eigenen Wohnraum suchen. In solchen eigenen Wohnungen im Brandenburgischen Viertel sind im vergangenen halben Jahr bereits 55 weitere Flüchtlinge eingezogen.

In einem sehr emotionalen Vortrag berichtete Margot Oberhof aus Wandlitz von ihren Erfahrungen am »Runden Tisch der Toleranz« von ihren Erfahrungen in Sachen »Willkommenskultur«. In Wandlitz war die Bevölkerung vorher nur ungenügend informiert worden, als plötzlich 100 Fremde im kuscheligen Wandlitz ankamen. Es gab Ängste vor Übergriffen und erhöhter Kriminalität, die von einer rechtsangehauchten Bürgerinitiative geschürt wurden und von der NPD für ihre Zwecke ausgenutzt



Silvia Ulonska, Sozialdezernentin des Landkreises bedankt sich bei Marlie Welens von der WBG für die Bereitstellung von Wohnungen.

wurden. Das rief wiederum viele Wandlitzer Bürgerinnen und Bürger auf den Plan. Über Nacht hing ein großes Willkommenstransparent in der Nähe des Flüchtlingsheims. Immer mehr Menschen machten mit, wollten helfen. Es entstanden enge und teilweise freundschaftliche Beziehungen zu den »Fremden«, die immer mehr zur Gemeinde dazugehörten und als Bereicherung empfunden wurden. »Wandlitz hat ein menschlicheres Antlitz bekommen«, schloß Margot Oberhof ihren Bericht.

Wie Ortsvorsteher Carsten Zinn informiert, hat nach dem Treffen Anfang September als erstes der Kreissportbund reagiert und angeboten, für die Flüchtlingskinder die Beiträge in Sportvereinen zu übernehmen. Seitens der Wohnungsgesellschaft TAG, die neben der städtischen WHG auch Wohnungen bereitstellte, gab es das Angebot, Möbel aus ihren Musterwohnungen zur Verfügung zu stellen. Zinn appellierte, die verbreiteten Ängste nicht zu unterschätzen, mit den Menschen darüber zu sprechen und sie ernst zu nehmen.

Bürgermeister Friedhelm Boginski erinnerte nicht nur an die jahrhundertealten Eberswalder Traditionen, Fremde aufzunehmen – wie beispielsweise die Ruhlaer Messerschmiede, die sich im 18. Jahrhundert in der heutigen Schicklerstraße ansiedelten. Er sprach auch von den eigenen Erfahrungen. Als Kind lauschte er den Erzählungen der Oma, die viel von der Flucht aus Ostpreußen redete, von vielen Menschen, die die Flüchtlinge freundlich begrüßten und anderen, die eher ablehnend auf die Fremden reagierten.

Schließlich rief er die Anwesenden zum Mitmachen auf, um nach dem Wandlitzer Vorbild auch in Eberswalde eine echte Willkommenskultur für die Menschen, die unsere Hilfe brauchen, zu initiieren.

Interessenausgleich anstreben

Das Umweltministerium hat einen Entwurf für die Kormoranverordnung vorgelegt. Dabei ist eine schwierige Gratwanderung zu bewältigen: Einerseits soll eine praktikable Lösung gefunden werden, um unbürokratisch fischereiwirtschaftliche Schäden abzuwenden. Andererseits sind die strengen rechtlichen Vorgaben einzuhalten, denn Kormorane stehen nach wie vor unter Schutz – sowohl EU- als auch bundesrechtlich. Vor diesem Hintergrund muß die Verordnung einen Ausgleich zwischen Nut-

zungs- und Schutzinteressen erreichen. Der Verordnungsentwurf ist an Landkreise, Nutzerverbände und Naturschutzverbände zur Stellungnahme verschickt worden. Jeder hat jetzt die Möglichkeit, seine Auffassung in das Verfahren einzubringen.

Öffentliche Anschuldigungen wie die des Kollegen Beyer (FDP) liegen nicht nur in der Sache daneben, sondern sind auch beim jetzigen Verfahrensstand unangemessen.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Die Bürger sollen nur bezahlen

Der Bericht in der lokalen Tageszeitung über die Sitzung des Energieausschusses am 24. September (MOZ, 26.9.2013), beschränkte sich im wesentlichen auf den Vortrag von Dr. Ulrich Müller, dem Leiter der EWE-Geschäftsregion Brandenburg/Rügen, zum Thema Fernwärme. Die zuvor eingereichten Fragen, vor allem zum Verhältnis Fernwärme-Nahwärme und zur Preispolitik der EWE, berücksichtigte Dr. Müller nicht. Vielmehr plädierte er für die Nutzung von Fernwärme und für die Ausdehnung der Netze – aus EWE-Sicht als Betreiber der Fernwärmanlagen verständlich.

Die Politik muß sich aber fragen lassen – das waren wichtige Bundestagswahlkampfthemen – wie Mieten und Energie für die Bürger bezahlbar bleiben. Die Energieversorgung wieder in die kommunalen Hände zu nehmen, ist in Hamburg und Berlin Gegenstand von Bürgerbegehren. In vielen deutschen Städten wurden verkaufte Stadtwerke zurückgekauft oder neu gegründet. Das sind Fragen, die für Eberswalde auch stehen, teilweise gibt es schon Beschlüsse in diese Richtung. Aber es gibt keine erkennbaren Fortschritte.

Das Energie- und Klimakonzept der Stadt ist zu einseitig auf die CO₂-Reduzierung ausgerichtet. Die Wirtschaftlichkeit für die Bürger gehört nicht zu den Kriterien des Konzeptes. Die Interessen der Bürger stehen hinten an, sie sollen nur für den Klimawandel bezahlen. Die Beschäftigung des Energieausschusses mit dem Thema Fernwärme/Nahwärme mußte auch für die Stadtverwaltung Anlaß und Grund genug sein, ihre Sicht einzubringen und fundierte Entscheidungshilfen zu geben. Leider Fehlanzeige. Für die Stadtverwaltung gibt es offensichtlich keinen Bedarf zur Prüfung von Alternativen, insbesondere zum Vergleich der Wirtschaftlichkeit von Nah- und Fernwärmanlagen. Das ist nicht verwunderlich, wenn der Bürgermeister in namentliche Abstimmung den Vergleich von Nah- und Fernwärme (am Beispiel der Schwärzeseeschule) ablehnt. Da-

bei zeigt die aktuelle Praxis, daß für verschiedene Objekte in der Stadt bereits Nahwärmelösungen mit erheblichen Kostenvorteilen installiert wurden, wie die neue Nahwärmelösung des Tierparks, die Errichtung einer eigenen Wärmeerzeugungsanlage im Werner-Forßmann-Krankenhaus, die Nahwärmelösung der WHG in der Werbelliner Straße. Mit diesen Nahwärmelösungen macht man allerdings keine Werbung. Das baff mit seinem ganzjährigen Verbrauch schreit geradezu nach einer Nahwärmelösung.

Betrachtet man Nah- und Fernwärme in einem Vergleich der Gesamtkosten im bundesdeutschen Durchschnitt, liegt der Kostenvorteil der Nahwärme bei 10 bis 15 %. In Eberswalde ist der Vorteil noch wesentlich größer, wegen der Monopolpreise des Fernwärmeanbieters. EWE müßte die Fernwärmepreise um mindestens 20 % senken, um auch für die Zukunft eine Berechtigung zu haben. Mit Nahwärmelösungen gilt es auch, dem Fernwärmemonopol Konkurrenz zu machen und damit niedrigere Fernwärmepreise zu erzwingen.

Die Stadt ist als Gesellschafter der WHG, der TWE und im Interesse aller Eberswalder Bürger in der Pflicht, den Monopolpreisen für Fernwärme entgegenzutreten. Das ist auch deshalb notwendig, weil die Mieter der fernbeheizten Wohnungen nicht selbst Kunde bei EWE sind. Die Wohnungsgesellschaften reichen die Heizungskosten nur weiter, statt auf ihre Senkung hinzuwirken. Die Preisbildung ist für die Bürger völlig intransparent. Stichwort: Preisgleitklausel, die geheim gehalten wird.

Der Bundestagswahlkampf ist vorüber. Aber 2014 stehen Kommunal- und Landtagswahlen in Brandenburg an und auch die erste Amtsperiode des Bürgermeisters geht zu Ende. Das Thema der Energiekosten mit dem speziellen Aspekt der Nahwärme wird als Wahlkampfthema eine wichtige Rolle spielen. Darauf sollten sich alle Kandidaten einstellen.

ALBRECHT TRILLER

Fernwärmeinvestitionen

Eberswalde (bbp). Der Fernwärmeversorger EWE baut im Brandenburgischen Viertel am Standort an der Schorfheide-/Uckermarkstraße für rund eine Million Euro ein neues Blockheizkraftwerk (BHKW) ein. Das mit Bioerdgas betriebene BHKW soll im Dezember 2013 in Betrieb gehen und einen Gesamtwirkungsgrad von 90 % erreichen. Dabei werden jeweils 2 Megawatt elektrische und thermische Leistung installiert, während das Heizwerk an der Neuruppiner Straße eine Wärmeleistung von 30 Megawatt besitzt und mit Erdgas und Heizöl betrieben wird.

Im Zusammenhang damit werden derzeit die Fernwärmeleitungen im Wohngebiet erneuert. Aktuell wird in der Prenzlauer Straße gebaut. Für die Zukunft will die EWE ein »intelligentes

Lastmanagementsystem« für die Energieerzeugungsanlagen und die Einbindung der vorhandenen Wärmespeicher in das Lastmanagementsystem »Power to heat« prüfen. »Power to heat« bedeutet, daß überschüssiger Wind- und Solarstrom genutzt wird, um die Wärmespeicher des Fernwärmenetzes elektrisch zu beheizen.



EWE-Spenden und Amigos

Eberswalde (bbp). In der Ausgabe der Märkischen Oderzeitung vom 26.09.2013 wird in dem Betrag »Netzausbau der Trassen geplant« über die Sitzung des Energieausschusses am 24.09.2013 berichtet. In dem Artikel wird Ulrich Müller, der Leiter der EWE-Geschäftsregion Brandenburg/Rügen unter Bezugnahme auf den beschlossenen Wechsel der Betreiber der Gasnetze wie folgt zitiert: »Ob die« neuen Betreiber »eine Märchenwilla betreiben oder Sportvereinen helfen, werden wir sehen«.

Der Stadtverordnete Gerd Markmann (Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler) nahm dies zum Anlaß, um für den Finanzausschuß am 10. Oktober die Beantwortung mehrerer Fragen zu erbitten:

»1. Gibt es schriftliche oder mündliche Vereinbarungen zwischen der Stadt Eberswalde und der EWE AG darüber, daß die EWE AG eine Märchenwilla betreiben und Sportvereinen helfen? Wenn ja, sind diese Vereinbarungen an Bedingungen geknüpft? Wenn ja, an welche Bedingungen sind diese Vereinbarungen geknüpft?

2. Das Standesamt der Stadt Eberswalde ist in der Märchenwilla untergebracht. Wurden bei der Nutzungsvereinbarung mit der EWE AG Leistungen vereinbart, die nicht mit dem Mietpreis abgedeckt sind? Gab oder gibt es hinsichtlich des Mietpreises ein besonderes Entgegenkommen seitens der EWE AG? Werden durch die Stadt Leistungen in Anspruch genommen, die über die Nutzungsvereinbarung hinausgehen und seitens der EWE AG unentgeltlich oder zu einem gegenüber den üblichen Marktpreisen reduziertes Entgelt zur Verfügung gestellt?

3. Welche Sportvereine in Eberswalde werden durch die EWE AG unterstützt? Gibt es Vereinbarungen zwischen der Stadt und der EWE AG zur Unterstützung von Sportvereinen, die in der Stadt ansässig sind, durch die EWE AG? Konnte die Stadt dadurch bei der eigenen Sportförderung für diese Vereine Einsparungen erzielen?

4. Gab es seitens der Verwaltungsspitze bereits Reaktionen auf die Äußerungen von Ulrich Müller, die den Verantwortlichen der Stadt Eberswalde, einschließlich den Stadtverordneten ein amigohafes Verhalten unterstellen?«

OdF-Gedenken

Eberswalde (bbp). Traditionell fand am zweiten Sonntag im September in Eberswalde am Denkmal auf dem Karl-Marx-Platz ein Stilles Gedenken für die Opfer des Faschismus statt. Der Stadtverband der LINKEN in Eberswalde hatte gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten der LINKEN Margitta Mächtig die Eberswalderinnen und Eberswalder dazu eingeladen.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

Kreistagsmehrheit stützt Landrat

Eberswalde (bbp). Der Landkreis hat im vergangenen Jahr das Altenpflegeheim Webers Ablage in Finow verkauft. Dieses Thema wurde in den vergangenen Monaten oft diskutiert und spielte auch auf der Kreistagssitzung am 25. September eine Rolle. Der Beschluß des Kreistages enthielt ausdrücklich eine Arbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten des Pflegeheimes. Die Fraktion BVB/Freie Wähler hatte eine Vorlage eingebracht, durch die das ausdrücklich bestätigt werden sollte.

»Diesen Beschluß des Kreistages«, sagte Albrecht Triller, der als fraktionsloser Abgeordneter für das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde im Kreistag Barnim sitzt, »hat die Verwaltung nach Gutdünken interpretiert und im Falle der Mitarbeiterin Kerstin G. nicht eingehalten. Abgeordnetenfragen und Bürgerprotesten im Kreistag und verschiedenen Ausschüssen wurde ausgewichen und wissentlich falsch beantwortet. Sie, Herr Landrat, wollten – laut Aussage gegenüber der Presse – diesen Fall noch einmal 'aufarbeiten'. Dies ist bis heute nicht geschehen. Sie betrachten mit dem erreichten 'Vergleich' die Angelegenheit offensichtlich als abgeschlossen.«

Obwohl ausreichend Gelegenheit zum Einlenken vorhanden war, »beharrte der Landkreis bis zuletzt auf seiner rechtswidrigen Position und setzte darauf, daß er den Rechtsstreit gewinnen könne«. Ein Prozeßrisiko brauchte der wirtschaftlich starke Landkreis mit eigenem Rechtssamt nicht fürchten. Er »scheute sich nicht, die wirtschaftlich schwache Arbeitnehmerin in die Knie zu zwingen«. Nach Verdoppelung der Abfindung konnte der Rechtsstreit mit einem Vergleich abgeschlossen werden. Triller wertet dies als rechtliche Niederlage für den Landkreis, der damit auch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen konnte, »daß der Landkreis



den Beschluß des Kreistages zur Arbeitsplatzgarantie nicht erfüllt hat. Dafür müssen sich die verantwortlichen Mitarbeiter der Kreisverwaltung und ihr Dienstherr, Herr Landrat Ihrke, verantworten.«

Rückblickend zeige sich, daß der Verkauf des Altenpflegeheims Webers Ablage ein unsozialer Akt auf Kosten der Beschäftigten des Altenheimes war. Der neue Betreiber erreicht eine »bessere Wirtschaftlichkeit« vor allem durch erheblich niedrigere Arbeitsentgelte. Keiner der Beschäftigten wollte daher beim neuen Betreiber weiterarbeiten. Allerdings mußten sie sich auch beim Landkreis eine »sozialverträgliche Abschlachtung der Gehälter« (O-Ton der Sozialdezernentin Silvia Ulonska) infolge einer niedrigeren Eingruppierung gefallen lassen. »Frau G. allerdings landete ganz auf der Straße.«

Die Abgeordneten Johannes Madeja und Albrecht Triller hatten auf die Art der Abwicklung des Kreistagsbeschlusses zum Verkauf des Altenheimes mit einem Brief an den Landrat und an alle Kreistagsabgeordneten reagiert (BBP 7/2013). Darauf hat der Landrat nicht reagiert. »Mir ist nicht bekannt geworden«, so Triller, »daß darauf die Kreistagsabgeordneten in Wahrnehmung ihrer Kontrollpflicht für die Erfül-

lung der Kreistagsbeschlüsse wirksam geworden wären – außer die Fraktion BVB/Freie Wähler, die für heute einen Antrag zu diesem Thema eingebracht hat«.

Als skandalös bezeichnet der Kreistagsabgeordnete die Tatsache, daß die Weiterleitung des Offenen Briefes an die Abgeordneten durch das Büro des Kreistages blockiert wurde. Diese Verfahrensweise, »die leider auch vom Vorsitzenden des Kreistages, Prof. Dr. Schultz, gerechtfertigt wurde«, könne nur »als ein undemokratischer Akt bezeichnet werden, um kritische Meinungen zu unterdrücken«. Die Begründung, der Brief an die Abgeordneten beziehe sich nicht direkt auf die Arbeit der Kreistages, passe in das »Wunderlichhaus«, sei aber kommunalrechtlich nicht haltbar. Die Versender des Briefes wurden nicht einmal informiert, daß es dieses Problem mit der Weiterleitung gab.

Albrecht Triller kritisierte scharf den Landrat, der im Kreisausschuß auf die Frage, ob er akzeptiere, daß seine Sozialdezernentin den Kreistagsbeschluß nach Gutdünken interpretiere, nur sagte, über Personalangelegenheiten diskutiere er nicht in der Öffentlichkeit. »Als ginge es nur um eine Personalangelegenheit und nicht um die politische Frage der Einhaltung von Kreistagsbeschlüssen«. Silvia Ulonska antwortete erst nach zweieinhalb Monaten und einer Mahnung auf die Vorwürfe. »Selbst am 8. September sah sie noch keine Veranlassung, ihre Vorgehensweise als kreistagsbeschlußwidrig zu bewerten.« Triller warb daher dafür, der Vorlage der Fraktion BVB/Freie Wähler zuzustimmen. Dem folgten außer den Einreichern und Albrecht Triller nur noch die Fraktion der Bündnisgrünen und einige wenige Abgeordnete der LINKEN. Die übergroße Mehrheit stärkte dem Landrat den Rücken.

Gelbe Tonnen bei der WBG

Eberswalde (bbp). Nachdem die Vermieter TAG und die AWO bereits im Frühjahr für ihre Kunden im Brandenburgischen Viertel die Umstellung von den gelben Säcken auf die gelbe Tonne realisiert hatten, zieht jetzt die Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow (WBG) nach. »Wir haben jetzt die Zusage erhalten«, schrieb die WBG an ihre Mitglieder, »daß bis zum 30.09.2013 die gelben Tonnen geliefert und aufgestellt werden«. Wie vor der Einführung der Säcke »werden die gelben Tonnen in einer Behausung stehen und können mit dem Haustürschlüssel geöffnet werden«. Der Einbau der entsprechenden Schlösser soll Ende Oktober erfolgen.

Die WBG weist ausdrücklich darauf hin, »daß die gelbe Tonne nur für Wertstoffe mit dem grünen Punkt gedacht ist. Wird die gelbe Tonne verüllt und deshalb nicht geleert, erfolgt eine gesonderte kostenpflichtige Leerung der Tonne als Restmüll. Die anfallenden Kosten werden dann als Betriebskosten umgelegt.«

Schnelles Internet kommt

Schnelles Internet wird auch in den unterversorgten Ortschaften in der Region Uckermark-Barnim bald kein Fremdwort mehr sein. Das durch die Landesregierung angeschobene »Glasfaserkonzept 2020« tritt nunmehr in die Umsetzungsphase.

Finanziert wird das aus überschüssigen EU-Geldern sowie aus dem Landeshaushalt. Auf die Gemeinden kommen keinerlei Kosten zu. Im Norden Brandenburgs wurden alle Gemeinden, in denen Haushalte weniger als 6 Mega-Bit empfangen, erfaßt und können dann mit dem Anschluß eines zentralen Kabelverzweigers rechnen.

Dieser wird mit modernster Glasfasertechnologie das DSL-Netz in den ländlichen Raum leiten. Die Anbieter und Privathaushalte müssen dann lediglich, wenn nicht schon vorhanden, Kupferleitungen zum Einzelhaushalt legen. Die Anbindung über Glasfaserleitungen anstelle von Funknetzerweiterungen wurde da-

mit begründet, daß damit Überlagerungen von Funknetzen in Grenzregionen vermieden werden.

Nach Auskunft des Wirtschaftsministeriums befindet sich die Planungsregion Uckermark-Barnim in der europaweiten Ausschreibung. Der vorgeschaltete Teilnehmerwettbewerb ist abgeschlossen und es haben sich mehrere Bieter qualifiziert. Diese wurden Anfang September zur Angebotsabgabe innerhalb von vier Wochen aufgefordert. Das Wirtschaftsministerium geht davon aus, daß es bis Mitte November zu einem Vertragsabschluß kommen wird. Dann kann es los gehen mit Planung, Genehmigung und Ausführung.

Dies ist ein Durchbruch bei dem unendlichen Thema schnelles Internet für ländliche Gebiete in Brandenburg. Das zeigt aber auch, daß hier die Marktwirtschaft versagt hat und sich der Staat der Sache annehmen muß.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Suboptimal* ist gut

oder was man sonst noch so alles vom Landrat lernen kann

So eine Kreistagssitzung ist schon eine interessante Veranstaltung, sicher nicht nur im Barnim. Herr Urban Priol – Sie kennen den Mann im weißen Kittel als Chef der »Anstalt« – hätte seine helle Freude an den Anregungen für sein politisches Kabarett, wenn er sie denn hören könnte. Die Debatten sind beredter Ausdruck einer politischen Kultur, von der sich jeder selbst ein Bild machen sollte.

Am 25. September, noch außerhalb der Tagesordnung und unter klarer Mißachtung der Geschäftsordnung, durfte sich zunächst ein Abgeordneter einer sog. Volkspartei (26 % Stimmenanteil bei der letzten Bundestagswahl) in einer längeren Rede darüber beschweren, daß ein anderer Abgeordneter ihn auf seiner Homepage kritisiert hat. Der Redner ist für seine verbalen Entgleisungen im Kreistag allgemein bekannt. Selbst die durchaus maßvolle Kritik hat ihm nicht in den Kram gepaßt. Er hat gar eine Entschuldigung gefordert, aber er mußte wohl zur Kenntnis nehmen, daß es Leute gibt, die sich von ihm nicht alles gefallen lassen. Dumm gelaufen Herr Dr. sc. agr., man kann auch sagen suboptimal.

Hauptthema der Bürgerfragestunde war die sog. Kunststoffrecyclinganlage in Blumberg, zutreffender wäre wohl die Bezeichnung Plaste-flaschenmüllhalde. Vertreter einer Bürgerinitiative stellten Fragen wie z.B.: Wie war es möglich, daß die Anlage an diesem Standort, gewissermaßen im Ort, überhaupt genehmigt wurde? Wie hat die Kreisverwaltung auf die drohenden Gefahren, insbesondere die Brandgefahr reagiert? Während die zuständige Dezernentin versuchte, sich aalglatt um Antworten zu drücken – die Anlage wäre ja immissionsschutzrechtlich genehmigt, auch der Standort, es gäbe ja gar keine Gefahr und außerdem sei der Kreis gar nicht zuständig – räumte der Landrat selbst zum Standort schließlich ein, daß der suboptimal wäre – immerhin! Suboptimal wurde zum geflügelten Wort des Abends.

Später ging es u.a. um Bildungsangelegenheiten, in erster Linie natürlich ums liebe Geld. Zwar hatte der Kreistag im Februar – gegen den Willen des Landrats – den Beschluß gefaßt, den kommunal geleiteten Schulen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, damit dank einheitlicher Ausstattung aller Schulen die Bildungschancen für alle Schüler gleich sind. Aber nun hat sich der Landrat eine Richtlinie schreiben und absegnen lassen, in der steht, was unter gleicher Ausstattung zu verstehen ist. Ergebnis: Für das Geld dürfen de facto nur interaktive Tafeln, sog. whiteboards, angeschafft werden. Sie gelten nach Auffassung des Landrats und der ihn stützenden Kreistagsabgeordneten gewissermaßen als Paradigma für qualitativ hochwertigen Unterricht. Etwas anderes geht scheinbar gar nicht mehr! Wenn eine Gemeinde meint, daß z.B. ein neues Physiklabor oder ein Chemieraum wichtiger wäre, dann soll sie das gefälligst selbst bezahlen. Basta! Das Wort basta hat er aber nicht gesagt, es schwebte nur so im Raum.

Die Abstimmung dann verlief für den Landrat ganz nach Wunsch – man hat ja seine Leute! Für die kommunal geleiteten Schulen ist das Thema damit – leider – nicht so gut gelaufen, man kann wieder sagen suboptimal. Der Landrat fand das jedoch gut.

Bei einer der Beschlußvorlagen ging es dann um das neue, länderübergreifende Buskonzept für den Niederbarnim, speziell in den Gemeinden Ahrensfelde und Panketal. Daran arbeiten Fachleute (?) der Kreisverwaltung seit 2010. Alle sind sich einig: ein neues gutes Konzept ist wichtig. Was jetzt vorliegt, ist nicht wirklich gut. Niemand bestreitet das. Es gibt Vorschläge, die zu deutlichen Verbesserungen führen. Angeblich sind die nicht umsetzbar. Entweder kosten sie zuviel Geld oder verzögern die Einführung des Verwaltungsentwurfs.

Die Frage eines Abgeordneten, ob die Verbesserungen des Busverkehrs über die Äcker um Lindenberg und die Verschlechterungen in Panketal mit der Farbe des Parteibuches des zuständigen Kreisdezenten und der Bürgermeister zu tun haben, blieb unbeantwortet. Der Dezernent in Eberswalde und der Bürgermeister von Ahrensfelde haben ein CDU Parteibuch. Der Bürgermeister in Panketal hat (nur) eines von der SPD. Aber vielleicht kriegt ja der SPD-Mann bei der nächsten Bescherung ein Zuckerli vom Gutsherren aus dem Wunderlichhaus oder von seinem Dezernenten und ist dann wieder ruhiggestellt.

Zwei weitere Anfragen zur mangelhaften Arbeit des Kreisdezenten im Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin Brandenburg (VBB) wurden sinngemäß so (nicht) beantwortet, daß ja nur der Grünen-Kreistagsabgeordnete aus Panketal mit dem ÖPNV im Landkreis unzufrieden sei und daß die Verwaltung seinerseits sehr viel Arbeit hat.

Es kam, wie vorherzusehen war: Das neue, gar nicht gute Konzept wird erst einmal realisiert. Nach einem Jahr wird geprüft, »evaluiert«, dann läuft es noch ein Jahr suboptimal weiter und dann kann geändert werden – d.h. das Provisorium ist für mindestens 2 Jahre festgeschrieben. Bis dahin müssen die Senioren und die Schüler aus Panketal, für die der Bahnkundenverband eindeutige Verschlechterungen festgestellt hat, sehen, wie sie zurechtkommen. Da ist Ärger vorprogrammiert. Die ständigen Fahrplanänderungen, die endlich der Vergangenheit angehören sollten, haben dazu geführt, daß der erst vor 10 Monaten gedruckte Fahrplan jetzt nicht mehr verkauft werden kann. Da ist beim ÖPNV wohl einiges suboptimal gelaufen.

Sehr zum Leidwesen des Landrats kam der »Verkauf« des Altenheims »Webers Ablage« in Finow noch einmal zur Sprache. Hinsichtlich der Weiterbeschäftigung der Frau Kerstin G. wurde der allgemeingültige Beschluß des Kreistages vom Landrat nicht umgesetzt, was dieser jedoch vehement bestreitet. Er behauptet gar, daß die Forderung nach (Wieder-) Einstellung der Frau G. gleichbedeutend sei mit der Aufforderung zum Gesetzesbruch. Bemerkenswert ist wohl, daß die Parteien, welche sich die sozialen Rechte der Arbeitnehmer auf ihre Fahnen geschrieben haben – mir fällt da spontan DIE LINKE ein – fast geschlossen die Position des Landrats gestützt haben. Juristisch ist der Fall zwar abgeschlossen und der sogenannte Vergleich geht zu Lasten der Klägerin, die nun ihren Arbeitsplatz verloren hat. Das »Recht« des Stärkeren hat gesiegt. Trotzdem ist die Angelegenheit für den Landrat nicht so ideal gelaufen, man könnte auch hier sagen: suboptimal.

Schließlich ging es noch einmal um eine Vorlage von BVB/Freie Wähler zum Problem Blumberg. Danach sollte der Kreistag den Landrat verpflichten, daß dieser sich im Rahmen seiner Zuständigkeiten persönlich dafür einsetzt und alle Möglichkeiten ausschöpft, das Problem schnell zu lösen und die Gefahr zu beseitigen. Alle sind sich einig, daß die Angelegenheit schnell gelöst werden muß!

Nur der Landrat hat es natürlich nicht gern, wenn ihn einer in die Pflicht nehmen will. Was erdreisten sich diese Leute eigentlich, dem Landrat vorschreiben zu wollen, daß er intensiv und nachprüfbar tätig werden muß, insbesondere um Gefahren abzuwehren? Die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten wollte dem Landrat diesen Tott auch nicht antun und lehnte die Vorlage ab. Der Versuch einiger Abgeordneter, einen Kompromiß zu finden, auf die Bürger von Blumberg zuzugehen und sei es nur, sich mit Ihnen solidarisch zu erklären, verlief im Sande. Keiner ist schuld, handeln müssen immer die anderen, aber das kennen wir ja!

Es gibt also weiter nur den berühmten Dienst nach Vorschrift und der ist – die Leser haben es geahnt – suboptimal.

Die Debatte um das Buskonzept wirkte aber noch einmal nach. Der Landrat prägte die Formel: suboptimal, das ist gut! Damit hatte er für Heiterkeit im Saal gesorgt auch die Dezernenten sahen richtig fröhlich aus. Wir haben wieder einmal etwas gelernt. Wir konnten Summa summarum feststellen, daß der Landrat und seine Kreisverwaltung suboptimal arbeiten und suboptimale Ergebnisse zu Tage fördern. Und das nennt der Landrat dann gut. Machen wir – wie Hans (Hänschen) Rosenthal – einen Luftsprung und jubeln: Das war Spitze!

JOHANNES MADEJA

* sub – das ist lateinisch und heißt »unter«
optimus – das ist auch lateinisch und heißt »der beste«
suboptimal – immer noch lateinisch, heißt also »unterhalb des besten«

Im üblichen Sprachgebrauch wird das Wort in aller Regel dann verwendet, wenn man Wörter wie »schlecht« oder »miserabel« (aus Höflichkeit) vermeiden will.

Unkritisch und duldsam

Zum Wahlergebnis der Linkspartei



Ich habe den Eindruck, daß der Verlust von zwei Direktmandaten und der empfindliche Rückgang bei den Zweitstimmen der Linkspartei im Barnim nicht nur im zentralen Trend oder gar bei den Kandidaten, sondern auch wesentlich in der Kommunalpolitik zu suchen sind. Dort haben die Linken an Vertrauen bei den Wählern verloren, weil oft keine klare Abgrenzung zu anderen Parteien deutlich gemacht wurde, eine kritische und konstruktive Haltung zur Kommunalpolitik vielfach fehlte und Transparenz in der Öffentlichkeit nicht vorhanden war oder sogar behindert wurde.

Das drückt sich in der Haltung zur Koalition von SPD und CDU im Barnim aus, wo in der Kommunalpolitik des Kreises die Hinterzimmerpolitik von Landrat Ihrke und der CDU zu wenig kritisiert und geduldet wurde. Hier ergibt sich nicht nur für die Linkspartei, sondern auch die SPD die berechtigte Frage, ob dieses Bündnis mit der CDU wirklich gut für die SPD und den Barnim war und so fortgesetzt werden sollte.

Auch die Kommunalpolitik der Linken in der Stadt Eberswalde war in der Vergangenheit nach meiner Meinung durch ungerechtfertigte Duldsamkeit, unkritisches Verhalten zu Mängeln, zu wenig konstruktive Einflüsse und ungenügender Transparenz gekennzeichnet. Als Beweis dafür seien die unkritische Aufarbeitung des Spendenskandals, die Rekommunalisierung oder auch die Transparenz von Aufsichtsräten kommunaler Betriebe genannt. Die in der Öffentlichkeit ausgetragenen Differenzen zu Personalfragen haben dem Ansehen der Partei ebenfalls geschadet. Auch für die Stadt ergibt sich in Vorbereitung der Kommunalwahlen die Frage, ob – unabhängig von der Wertung von Bürgermeister Boginski – der künftige Bürgermeister von einer Partei gestellt wird, die auch in Eberswalde zur Bedeutungslosigkeit abgewählt wurde.

In Auswertung der Wahlergebnisse und in Vorbereitung der Kommunalwahlen erscheint es mir notwendig, über grundsätzliche Veränderung in der Kommunalpolitik nachzudenken. Vielleicht sollten SPD und Linke einmal ernsthaft über eine gemeinsame Koalition nachdenken und damit einer zweifelhaften SPD/CDU-Koalition im Kreis und einer überholten FDP Dominanz in der Stadt Eberswalde ein Ende zu bereiten.

Dr. HELMUT KOCH

»Ein nie dagewesener Wahlkampf«

Eberswalde (bbp). »Wir haben es geschafft und sind trotz aller Unkenrufe drittstärkste Kraft in der Bundesrepublik Deutschland geworden«, schrieb der Kreisvorsitzende der LINKEN Sebastian Walter am Tag nach der Wahl. Dies sei ein riesiger Erfolg. Auch der Wiedereinzug der Hessischen Linken in den Landtag beweise, »daß wir eine gesamtdeutsche Partei werden können«.

Natürlich schmerze der Verlust der beiden Direktmandate sehr, so Walter. Die beiden Kandidatinnen hätten bis zuletzt gekämpft und »haben beide herausragende Ergebnisse erreicht. Wir liegen im Barnim wieder einmal fünf bis sechs Prozent über dem Landesdurchschnitt. Trotz herber Verluste von ca. sieben Prozent bei den Zweitstimmen liegen wir an 2. Stelle vor der SPD.«

Die Suche nach Gründen für die Wahl Niederlage fällt dem Kreisvorsitzenden noch

schwer. Für eine Analyse der einzelnen Wahlbezirke werde sich die Partei die Zeit nehmen. »Wir haben mit sehr ausgezeichneten Kandidatinnen einen so noch nie dagewesenen engagierten Wahlkampf geführt und darauf laßt uns stolz sein.«

Sebastian Walter bedankt sich bei all denen, die beim Wahlkampf »für einen roten Barnim« mitgeholfen haben. »Wir werden neue Wege gehen müssen und uns noch intensiver fragen, wie wir die Menschen besser erreichen können. Unsere Wählerinnen und Wähler haben uns einen klaren Auftrag gegeben. Wir werden weiterkämpfen auf allen Ebenen – für einen solidarischen und demokratischen Barnim. Deshalb Kopf hoch und nicht die Hände.« Die Barnimer Linken werden sich jetzt auf die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen des Jahres 2014 konzentrieren.

Das wertvollste Gut

Zum Weltkindertag Mitte September waren die Betreiber eines norddeutschen Freizeitparks auf einen speziellen Einfall gekommen: Sie karrten sogenannte Promis im halben Dutzend ins Gehege und ließen sie auf die lieben Kleinen los. Aber anstatt, was zu befürworten gewesen wäre, etwa Kinderliedermacher wie Gerhard Schöne oder einen Tierfilmer oder olle Janosch einzuladen, begrüßte eine altklug plappernde elfjährige »Moderatorin« solche Lichtgestalten der deutschen Öffentlichkeit wie Verona Feldbusch, spätere Pooth, und bald danach, man halte sich fest, Frau Effenberg. Die eine eine fleischgewordene Peinlichkeit, die andere die Inkarnation der totalen Unbedarftheit, deren Intelligenzquotient noch unter dem der Mutter von Winston Gonzales und Jimmy Blue (Frau Ochsenknecht) liegen dürfte. Sofern überhaupt meßbar.

Was die beiden Schönheiten dem jungen Volk zu sagen wußten, war so neu wie der Kanzlerin Wahlkampfstereotypen, nur eben auf »kindgemäß« frisiert. »Ichbinjaauchmutter«, »alsbabyhatteereinsoganzganzklitzekleines Näschen«, »mamiundpappimüßthrdolllieben«, »küßchenfüreuchalle«. Als der Reporter »vor Ort« sich beide Damen einzeln vornahm, quoll ebenso Seichtes aus den Kußmäulchen der Repräsentantinnen deutscher Leit- und Kinderkultur: »Kindersindechtherrlich«, »...binnsuperhappyhiersieinzudürfen...«, »nurinstrahlende Äuglein geschaut«. Eines freundlichen, die Zugucker vielleicht anregenden und vor allem ehrlichen Wortes waren weder die eine noch die andere fähig. Sie zeigten sich so, wie sie sind: Als Schokoladenhohlkörper. Süßliche Hülle und im Inneren nur dünne Luft. Und konnten an dem Tag, der erfunden worden war, um Kinderrechte einzufordern und Kinder vor Mißbrauch aller Art zu schützen, gehörig Eigenwerbung betreiben. Daß sie an einer besonders abartigen Form von Kindesmißbrauch beteiligt waren,

dem »Reifmachen« Unmündiger für das Banale, dem Zurechtbiegen naiver Kindergemüter für die spätere Lust auf den Konsum der Schmutzeldender und als Erwecker der Illusion, es eines Tages so herrlich weit zu bringen wie die dummen, aber zu Schwäninnen gewordenen Gänse auf der Freizeitbühne.

*Unsere Kinder sind unser wertvollstes Gut.
Es gilt sie in ihrer Entwicklung zu fördern
und zwar mit allen Mitteln.*

(Angela Merkel)

Auch die kuhäugige, immer ein wenig zu intensivem Interesse heuchelnde Barbara Schöninger (»Drei nach neun«, NDR) war aufgeboten worden und hatte, man ist ja unter Unterstufenschülern, auf das Wuchern mit den Pfunden ihres Busens verzichtet, der, fast restlos von Seide umhüllt, vor sich hinwaberte. Was sie und die Schlagersängerin Okonnor (oder so ähnlich) anlässlich des Promi-Appells zu verkünden hatten, glich dem Gesülze der Damen Pooth und Effenberg so sehr, daß der Verdacht, man habe sich gemeinsam präpariert, nahe lag. Nur den Regeln deutscher Syntax kamen die Schnulzin und die NDR-Walküre hörbar näher. Immerhin.

Mit dem ehemaligen NVA-Offizier und Gentleman-Boxer Maske war ein Mann im Aufgebot, der die Jungs im Publikum ernst nahm und ihnen Grundregeln des Faustkampfs in Theorie und Praxis zu vermitteln bemüht war. Das so absolvierte Kurztraining war der einzige Lichtblick in der Show der Unzumutbarkeiten.

Daß ich mir klammheimlich wünschte, Maske hätte ein paar Jungboxer auf die Weiber aus dem Pfefferkuchenhaus gehetzt, um sie per (Schein-)Angriff zu verjagen, würde ich natürlich nie öffentlich kundtun.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Gute Seiten, schlechte Zeiten

Lutz Stückrath auf Wahlkampftour

Wer ist Lutz Stückrath? Sie kennen ihn nicht? Doch! Natürlich kennen Sie ihn, jedenfalls wenn Sie vor 1970 geboren sind und DDR-Bürger waren! Lutz Stückrath war einer der drei »Dialektiker« im »Kessel Buntes«, einer beliebten Fernsehproduktion des Fernsehfunks der DDR. Der Sachse Uhlig, der Mecklenburger Köbber und der Berliner Stückrath haben die vielen kleinen und manchmal auch größere Schwächen der DDR gekonnt aufgespießt. Stückrath gehörte auch zum Hauptstadtkabarett »Die Di- ste!«, war in der DDR also ein erfolgreicher bekannter Schauspieler und Kabarettist.

Fast unbemerkt war er hereingekommen in die Kleine Konzerthalle in Finowfurt (eine »große« gibt es gar nicht!), hatte seine Gastgeberin, Frau Sabine Stüber, Direktkandidatin der Partei »Die Linke« für die Uckermark und den Oberbarnim zu den Bundestagswahlen, begrüßt und eigenhändig Handzettel – jetzt nennt auch er sie »flyer« – mit seinen biographischen Daten auf die Sitzplätze verteilt.

Und dann saßen sie beide im Podium. Sabine Stüber begrüßte die Gäste und Lutz Stückrath bedankte sich für den Begrüßungsapplaus, den es dann auch gab. Die zwei – das war sofort zu spüren – hatten sich gesucht und gefunden. Lutz Stückrath, der gefeierte DDR-Schauspieler und Sabine Stüber, die in der UdSSR diplomierte Hochschulabsolventin mit einer gesicherten Laufbahn in der DDR. Für beide war die politische »Wende«, das Ende von UdSSR und DDR, ein Bruch in ihrem ganz persönlichen Leben, ein Schicksalsschlag. Lutz Stückrath mußte sich »freischaffend« durchschlagen und Sabine Stüber hat, nach eigener Aussage, nie mehr eine Festanstellung gefunden. Für beide hat es wohl trotzdem zum Leben gereicht. Sie wünschen sich nun nichts sehnlicher, als daß »ihre« Partei, die jetzt »die LINKE« heißt, wieder regieren kann. Das kann man wohl verstehen.

Lutz Stückrath, Jahrgang 1938, sieht sich im Jahr 2013 wohl am Ende seiner Karriere und hat – das ist heute Mode – nun ein Buch geschrieben. Es heißt »Gute Seiten, schlechte Seiten« und enthält Geschichten aus seinem Leben. Daraus hat er den Gästen etwas vorgelesen und zusätzlich frei erzählt – das hat er gelernt und dabei war er richtig gut. Es war kurzweilig, interessant und amüsant.

Zwischendurch – es war ja eine Wahlwerberveranstaltung – gab er den Talkmaster und Fragesteller. Schließlich sollte auch Sabine Stüber zu Wort kommen und den Zuhörern aus dem Wahlprogramm ihrer Partei etwas erzählen dürfen. Dieser Teil des Abends geriet etwas zäh. Auch eine Diskussion mit dem Publikum wollte nicht so recht in Gang kommen, obwohl die Themen durchaus spannend waren wie z.B. Mindestlohn, Zweiklassenmedizin, Waffenexporte. Frau Stüber ist wohl mehr eine Frau der Tat und weniger eine begnadete Rednerin.

Ihr Gast, selbst ohne Parteibuch, ist alles andere als ein Politprofi, wenngleich mit klaren politischen Vorstellungen. So warnte er Frau Stüber: »Werden Sie nicht Ministerin« Warum? »Dann müßte ich mit Ihnen streiten!«.



Lutz Stückrath, hier bei einer früheren Veranstaltung.

An diesem Abend gab es keinen Streit. Den hätte es geben können, wenn Frau Stüber ihrem Gast gesagt hätte, daß im Falle einer Regierungsbeteiligung ihrer Partei – wie derzeit in Brandenburg – das Parteiprogramm nicht mehr gilt, sondern nur noch die Koalitionsvereinbarung. Das hat aber Lutz Stückrath nicht erfahren. So klang der Abend ganz harmonisch aus, denn im Auditorium saßen fast ausschließlich altgediente, bewährte, treue Genossen, die natürlich das Wahlprogramm ihrer Partei kennen und Beifall spendeten, wenn ihre Kandidatin sich ausdrücklich dazu bekannte.

Die Veranstaltung in Finowfurt war der Schluß einer kleinen Tour mit den Stationen Chorin, Oderberg, Angermünde und Schwedt. Lutz Stückrath warb, dafür war er ja engagiert, ausdrücklich dafür, die »Linke« zu wählen, so wie er es selbst tun wird in seinem Wahlkreis in Berlin Köpenick mit Gregor Gysi als Kandidat. Das konnte man ihm abnehmen. Angesichts der Zusammensetzung des Auditoriums hat er damit jedoch, wie man so sagt »offene Türen eingerammt«. Es war wohl kaum jemand im Raum, der jemals eine andere Partei oder gar nicht gewählt hat.

Meine Frau hat mich gefragt, ob denn der Abend gelungen war. Immerhin mußten die Werbetrömmel gerührt, Plakate aufgehängt und der Raum gemietet werden. Die Wahlwerbegeschenke und einige Getränke, mit der Kasse des Vertrauens, mußten bereitstehen und einer der Zuhörer hatte gar einen Blumenstrauß für den Gast besorgt. Es war eine angenehme,

fast familiäre Atmosphäre. Ob Frau Stüber zufrieden sein konnte? Ich fürchte eher nicht. Von den 60 Sitzplätzen waren, die beiden im Podium mitgerechnet, 21 besetzt. Das ist wohl ein eher mageres Ergebnis. Das hatte ich so nicht erwartet.

Inzwischen ist die Wahl Geschichte. Frau Stüber, der es auch dank einer guten Oppositionsarbeit ihrer Partei bei der vorherigen Wahl gelungen war, den Kandidaten der radieschenroten Partei (siehe Kurt Tucholsky) und haushohen Favoriten vom Sockel zu stoßen, ist nun wohl das Opfer der Politik ihrer eigenen Partei geworden, bei der, nach Eintritt in die Brandenburgische Landesregierung als Juniorpartner der SPD, das Parteiprogramm nicht mehr zu erkennen ist. Strafe muß sein. Leider hat es hier wohl die falschen Personen getroffen, denn auch Frau Dr. Enkelmann hat es ja »erwischt«. Sie mußte einem CDU-Mann den Vortritt lassen.

Der Achtungserfolg von Frau Stüber, erneut vor dem Kandidaten der SPD eingekommen zu sein, wird sie kaum darüber hinwegtrösten können, daß auch hier ein CDU-Mann den Wahlkreis gewonnen und sie selbst nun kein Mandat mehr hat. Der Kreis, seit 1990 »rot«, ist nun »schwarz« geworden. Warum die Mehrheit der Wähler es so gewollt hat, das wird wohl ihr Geheimnis bleiben.

Lutz Stückrath wird zufrieden sein. Zwar hat die LINKE Stimmen verloren, ist aber nach dem Absturz der FDP drittstärkste politische Kraft im Land geworden und »sein« Kandidat Gregor Gysi darf wieder im Bundestag Platz nehmen, gelegentlich aufstehen und der Bundesregierung auf die Finger klopfen. Das wird auch nötig sein. Vielleicht gibt es ja irgendwann wieder bessere Seiten und bessere Zeiten.

JOHANNES MADEJA

Preisgeld für Umweltprojekte

Eberswalde (prest-ew/bbp). Auf dem Naturparkfest am 31. August in Hobrechtsfelde erhielt Eberswalde nach 2008 und 2010 bereits zum drittenmal die Auszeichnung »Naturparkstadt 2013«. Das Motto hieß in diesem Jahr »Kommunen fördern privates freiwilliges Engagement für den Naturpark Barnim«. Da die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Eberswalde bereits seit vielen Jahren große Bedeutung hat, konnte bei der Bewerbung auf vielfältige Aktivitäten zurückgegriffen werden. Die finanzielle Unterstützung von Umweltprojekten über die städtische Förderrichtlinie hilft beispielsweise bereits seit 2008 bei der Anschubfinanzierung von zahlreichen kleineren und größeren Projekten, die zur Begrünung des Stadtgebietes oder zur Umweltbildung beitragen und von den Bürgern der Stadt umgesetzt werden. Das Preisgeld wird zur finanziellen Unterstützung von Umweltprojekten verwendet. Damit stehen wieder Mittel für weitere Projektanträge zur Verfügung, nachdem die bereitgestellten Haushaltsmittel für 2013 schon im ersten Halbjahr ausgeschöpft waren.

Eine Eberswalder Lachnummer

Unter der Überschrift: »Lehren für die Zukunft ziehen« wurde in der September-Ausgabe der Bürgerpost im Zusammenhang mit einer Denkmalseinweihung mitgeteilt, daß die Forstliche Fakultät in Eberswalde im August 1963 aus politischen Gründen geschlossen worden sei.

»Diese Begründung muß uns heute Mahnung sein«, erklärte der Politiker Beyer (FDP). Er weiß wahrscheinlich nicht, daß es in der BRD vorgekommen ist, daß ein Fachbereich auf Empfehlung von zweit- bis drittklassigen BRD Wissenschaftlern nach dessen Beurteilung abgewickelt wurde, weil das Frühstück nicht geschmeckt hat und weil die bereitgestellte Unterkunft nicht luxuriös genug war. Das ist sicherlich im Sinne von Beyer (FDP) keine Begründung zur Mahnung.

In der MOZ* wurde ebenfalls über die Denkmalseinweihung anlässlich des Jahrestages der Schließung der Forstlichen Fakultät in Eberswalde berichtet. Dort wird ausgesagt, der Westpolitiker Enderlein (FDP) habe 1992 die Tradition der forstlichen Lehre und Forschung wiederbelebt. Vergessen wird bei dieser Berichterstattung in der MOZ, daß Enderlein der Durchführungsbeauftragte für die Vernichtung der DDR-Wissenschaft im Bundesland Brandenburg war. Es war die größte Wissenschaftszerstörung in Deutschland seit dem Ende der Macht von Adolf Hitler. Auch die in Eberswalde nach gründlicher Vorbereitungszeit im Sommer 1989 wieder aufgenommene forstliche Lehre wurde deren Opfer.

Zur Minderung der Unwissenheit bei dieser Berichtserstattung sei gesagt, die Anzahl der ausgebildeten Förster reichte Anfang der 60er Jahre aus, den Bedarf der DDR-Volkswirtschaft zu decken. Eine Ausbildung junger Förster für die BRD war durch die Sicherung der Staatsgrenze nicht mehr möglich. Ein Überhang von Hochschulabsolventen hätte deren berufsfremden Einsatz zur Folge. In einer zentral geleiteten Volkswirtschaft ist jede Entscheidung eine politische. Wie hätte eine nicht politische

Entscheidung zur Schließung der Forstlichen Fakultät in Eberswalde aussehen sollen? Die Aussage, die Schließung erfolgte aus politischen Gründen erweist sich als informationslose Propagandabehauptung.

Nebenbei bemerkt, auch von den neuen BRD-Wissenschaftseinrichtungen wurden einige aus politischen Gründen geschlossen oder aus Eberswalde entfernt, so z.B. Teile des Instituts für Ökonomie der Forschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, das Forstliche Forschungsinstitut, Teile des ZALF mit der Insektenammlung und sogar die in Eberswalde gegründete Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, zu deren letztem Jubiläum im Jahre 1996 noch mehrere Politiker in Eberswalde Reden abgelesen haben. Da hätte man auch ein Denkmal setzen können.

Eine Schandtat war jedoch die Auflösung der wissenschaftlichen Einrichtungen in Eberswalde als Folge des Anschlusses der DDR an die BRD. Daß dafür kein Denkmal errichtet wurde ist klar, es könnte frühestens im Nachfolgestaat der BRD erfolgen.

Mit der Schließung der Forstlichen Fakultät 1963 ist niemandem geschadet worden. Alle Studenten konnten in Tharandt weiter studieren. Niemand wurde arbeitslos. Es ging kein Wissen verloren. Die BRD hat jedoch die DDR-Wissenschaftler in die Arbeitslosigkeit entlassen oder sie mit Steuergeldern zu Bockwurstverkäufern umgeschult. Ein großer Teil des Wissenschaftspersonals hat nie wieder eine Anstellung gefunden. Viel wertvolles Wissen ging verloren.

Insofern war die Einweihung der »Stele gegen das Vergessen« ein lächerlicher Akt. Wie die MOZ berichtete zählten »zur Schar illustrierender Gä-

ste« auch die Politiker Mächtig (Die Linke) und Luthardt (Die Linke). Der Lokalpolitiker Boginski (FDP) als Bürgermeister und der Westpolitiker Gorholt (SPD) waren auch anwesend.

Wichtig wäre, daß in der BRD richtige Wissenschaft betrieben wird zum Wohle der Menschheit und speziell zum Wohle der Bundesbürger. Leider ist das in der BRD nicht der Fall. Man denke dabei an die jahrelang vorbereitete und dann gescheiterte Volkszählung, die Klimakatastrophenforschung, die Rolle der Finanzmathematik bei der Beschreibung und Bekämpfung der Finanz- und Eurokrise, das totale Scheitern bei der Erforschung von EHEC, der Krankheit, die über 50 Tote gefordert hat. Ebenso gibt es im Bereich Technik und Ökonomie siehe BER und S-Bahn in Berlin Fehlleistungen von BRD-Ingenieuren.

Auch die Forstwissenschaft ist betroffen. Was nutzt z.B. eine gute Ausbildung, wenn dann die Wälder falsch bewirtschaftet werden, wie sogar ein Nichtfachmann erkennen kann.

Die Antwort aus Eberswalde auf diese Probleme ist scheinbar der an einen Fliegenschiß in der lokalen Wissenschaftsgeschichte erinnernde Hochschulgötze.

Gewissermaßen als Beitrag der Politik zur Wissenschaftsförderung fordert der Politiker Beyer (FDP) dann noch, wie in dem eingangs erwähnten Artikel aus der Bürgerpost zu entnehmen ist, einen Brandenburgischen Lehrstuhl zur Geschichtswissenschaften. Wahrscheinlich soll ein solcher Lehrstuhl wieder ein Versorgungsposten für seine Westkumpels sein.

Dr. ULRICH POFAHL

* <http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/eberswalde/artikel4/dg/0/1/1193573/>

Studentenwerk baut um

Eberswalde (bbp). In der Strausberger und der Beeskower Straße im Brandenburgischen Viertel bietet das Studentenwerk in zwei Wohnblocks, die in den 90er Jahren von den GUS-Streitkräften übernommen wurden, den Studenten der Fachhochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) Unterkünfte an. Allerdings entsprechen die Wohngemeinschaften für zwei oder drei Studierende heute nur noch bedingt den gestiegenen Ansprüchen.

Um moderne und bedarfsgerechte Unterkünfte anbieten zu können, hat das Studentenwerk in diesem Jahr damit begonnen, zunächst in einem Aufgang in der Beeskower Straße die Gemeinschaftsunterkünfte in separate Einraumwohnungen zu verwandeln. Je nach dem, wie diese Einraumwohnungen angenommen werden, plant das Studentenwerk den Umbau weiterer WGs in Einzelwohnungen.

Begabt, aber arm

Welche Erfahrungen begabte Kinder in von Hartz-IV betroffenen Familien machen – davon erzählt Nicole Glocke in ihrem jüngst erschienenen Buch »Wir Kinder von Hartz IV«. Im August las die Autorin auf Einladung von Dagmar Enkelmann in der Bernauer Buchhandlung »Schatzinsel«. In ihrem Buch stellt Nicole Glocke drei Familien vor, in denen begabte Kinder leben und die allen Willen haben, aus ihrer schwierigen sozialen Situation herauszukommen.

Klar ist, daß die Kinder es nicht allein schaffen können. Die Eltern müssen hinter ihrem Kind stehen, diesem Mut machen. Mitunter aber ist, wie in einem Fall, auch das Angebot einer vermögenden Gönnerin, die Tochter eine höhere Schule besuchen zu lassen, nicht wirklich ein Ausweg. Letztendlich nimmt das Kind dieses Angebot nicht an oder kann es nicht an-

nehmen. In einer zweiten Familie, diesmal mit Migrationshintergrund, bekam die Tochter keine Empfehlung für den Besuch eines Gymnasiums, weil der geforderte Notendurchschnitt um 0,1 verpaßt wurde. Hier kämpften die Eltern mit und für die Tochter vor der Schulleitung um die Empfehlung. Das Probejahr am Gymnasium schaffte die Tochter dann.

Diese beiden Beispiele, so Glocke, und auch viele Gespräche mit betroffenen Familien zeigten ihr, daß es nicht nur die finanzielle Situation ist, der den Zugang zu Bildung erschwere. Im Kern gehe es darum, das Bildungssystem so zu gestalten, daß alle Kinder die gleichen Chancen hätten, sich Bildung anzueignen, unabhängig vom Bundesland oder dem Geldbeutel der Eltern, zog Dagmar Enkelmann ihr Fazit.

BÄRBEL MIERAU

Bioproduktion:

Wunschdenken und Realitäten

Gegenwärtig gibt es eine rege öffentliche Diskussion zur Rolle und Bedeutung der Bioproduktion in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft. Dabei habe ich den Eindruck, daß die Aspekte des Tier- und Naturschutzes sehr einseitig dargestellt und die volkswirtschaftliche, ökonomische und vor allem soziale Bedeutung für Verbraucher mit niedrigem Einkommen unterschätzt wird.

Dabei scheint es eingangs notwendig, den gegenwärtig und mittelfristig zu erwartenden Anteil der Bioproduktion an der Versorgung mit tierischen Endprodukten zu nennen. Er beträgt etwa 3 % an der Gesamtversorgung und würde bei einem jährlichen Zuwachs von 10 % zum jetzigen Niveau im Jahre 2020 etwa 6 % betragen. An diesen Fakten wird deutlich, daß die Bioproduktion einen festen Platz in der Versorgung einnimmt, aber auch Grenzen gesetzt sind. Manche Naturschützer und Vertreter der Grünen sollten einsehen, daß es über die Bioproduktion keine allgemeine Rückkehr zu beschaulichen Bauernhöfen alter Prägung geben kann und wird.

In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, die Qualität der Erzeugnisse für die unterschiedlichen Haltungsformen der Bioproduktion, der traditionellen Landwirtschaft sowie der industriellen Tierproduktion sachlich zu bewerten. Von manchen Tierschützern wird gern der Eindruck erweckt, daß die Endprodukte der tierischen Bioproduktion qualitativ hochwertiger als die von der traditionellen Landwirtschaft oder der industriellen Tierproduktion seien. Das ist eine unsachliche Abwertung und Diskriminierung der Arbeit der Bauern und Beschäftigten in der industriellen Tierproduktion, die 97 % der Versorgung in einer guten Qualität gewährleisten. Wissenschaftliche Untersuchungen beweisen, daß die tierischen Endprodukte kaum wesentliche Qualitätsunterschiede aufweisen.

Es gibt auch wesentliche volkswirtschaftliche, ökonomische und soziale Gesichtspunkte, die bei der Beurteilung stärker beachtet werden sollten. Der Übergang zur biologischen Produktionsweise ist unbestritten mit einem drastischen Rückgang der Arbeitsproduktivität je Beschäftigten und damit einem Anstieg der

Kosten im Vergleich zur traditionellen Landwirtschaft und vor allem zur industriellen Tierproduktion verbunden. Das führt wiederum zu einem erheblichen Anstieg der Endverbraucherpreise, beispielsweise bei Rind- und Schweinefleisch um 60 und 80 %, bei Milcherzeugnissen um 40 bis 50 % und bei Eiern um 60 %. Damit wird die Bioproduktion für tierische Erzeugnisse und die Folgen für die Preise zu einem ernststen Problem für große Teile der Bevölkerung mit niedrigem oder auch durchschnittlichem Einkommen. Das kann auch nicht durch Diskussionen der Grünen über fleischlose Tage in den Kantinen auch nur annähernd ausgeglichen werden. Die BRD ist keine Bio-Insel in der EU und schon gar nicht auf dem Weltmarkt ist, wo ganz andere Gesetzmäßigkeiten den Markt bestimmen. Auch aus dieser Sicht sind gegenwärtig und auch künftig der Produktion biologischer Produkte deutliche Grenzen gesetzt. Wenn unter diesen Aspekten von Tier- und Naturschützern vor dem Kauf von »billigem Fleisch« abgeraten wird, kann das nur als eine sehr einseitige und unsachliche Betrachtung gewertet werden.

Unbestritten positiv ist die aus der Sicht des Tier- und Umweltschutzes bessere Haltung der Tiere in Verbindung mit der Bioproduktion. Wer dafür mehr zahlen will und kann, sollte das tun. Somit wird auch die Bioproduktion tierischer Erzeugnisse jetzt und künftig einen festen aber volkswirtschaftlich begrenzten Platz in der Versorgung unserer Bevölkerung einnehmen. Wichtig erscheint mir aber, daß in allen Haltungs- und Produktionsformen von tierischen Erzeugnissen angestrebt wird, die Tiere gesund zu ernähren, für ein gutes Stallklima zu sorgen und insbesondere den Einsatz von Antibiotika zu senken.

Dr. HELMUT KOCH

Politik nach Wildwestmanier

Der Landtagsabgeordnete Gregor Beyer (FDP) fordert den Abschluß von Bibern. Ohne zu erwähnen, daß es ein Jagdgesetz gibt, nach dem der Biber in Brandenburg keine jagdbare Wildart ist und ohne zu erwähnen, daß es ein Naturschutzgesetz gibt, nach dem der Biber eine geschützte Art ist. Auch wurde mehrfach von Experten festgestellt, daß ein Abschluß wenig bringt, da die dann verlassenen Reviere sofort vom Nachwuchs besetzt werden. Hier wird unseriöse Politik nach Wildwestmanier gemacht, in dem einer bestimmten Klientel etwas versprochen wird, was so nicht umsetzbar ist.

Die Fraktionen der SPD und der LINKEN im Landtag haben einen neuen Antrag formu-

liert, der wesentlich qualifizierter ist als der ursprüngliche Antrag der FDP. Wir treten dafür ein, notwendige Managementmaßnahmen unbürokratisch zu ermöglichen. In gefährdeten Gebieten sollen Biberburgen auch ohne Einzelfallgenehmigung beseitigt werden können, wenn die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Die Tötung von Bibern soll als letztes Mittel vorgesehen werden. Erfreulich ist, daß die CDU und die FDP signalisiert haben, daß sie diesen Antrag unterstützen. Es zeugt aber von wenig politischen Gespür, dieses Ergebnis als das eigene zu verkaufen und dann auch noch verfälscht darzustellen.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Unter Höchstspannung



Sie sind nicht zu übersehen: Die großen Strommasten am Rande zwischen dem Brandenburgischen Viertel und Finow-Ost, mit ihren Hochspannungsleitungen, auf denen nur abgebrühte Krähen unbeschadet sitzen können. Wir alle brauchen Strom. Das ist unbestritten. Und der Strom muß über das Land verteilt werden. Das sind technische Notwendigkeiten. Aber daß ein Investor, ohne Rücksicht auf die Bürger und die Natur, uns hier riesengroße Masten vor die Nase setzen will, damit sind wir nicht einverstanden. Die Bewohner der Schwärzeseestraße sind nur einen Steinwurf von tausenden Ampere und zehntausenden Volts entfernt. Und niemand kann bisher mit Sicherheit sagen, welche gesundheitlichen Gefahren von diesen Leitungen ausgehen, von den elektromagnetischen Feldern. Wenn jetzt die Stromstärken und Voltzahlen massiv erhöht werden, abgesehen von der Landschaftszerstörung, steigen möglicherweise auch die gesundheitlichen Risiken. Und nicht nur für die gestreifte Schwarz-Eidechse oder den seltenen Birkenhäher.

Auch der Gemeinde Reimann-Viertler sollte unter Naturschutz gestellt werden: als eine bedrohte Art. Von allen Seiten wird er unter Beschuß genommen: Seine Häuser werden abgerissen, seine Geschäfte und Schulen geschlossen, Arbeit bekommt er eh nur schwer und sein Wohngebiet hat ein schlechtes Image. Immer nur wird schlecht über sein schönes ruhiges Viertel geredet - da kann der Mann und die Frau vor ihrer Haustür nicht noch solche Monster-Strommasten gebrauchen, die das letzte bißchen Lebensqualität ruinieren.

Lieber Investor! Mach endlich Nägel mit Köppen! Leg die Starkstromleitung in die Erde.

JÜRGEN GRAMZOW

Die Stadt Eberswalde wird die Klage der Bürgerinitiative »Wir in der Biosphäre e.V.« gegen den Planfeststellungsbeschuß zur Errichtung der 380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen (Uckermarkleitung) mit einer Summe von 10.000 Euro unterstützen. Das hat der Hauptausschuß der Stadt im August beschlossen. Der Planfeststellungsbeschuß wird im Spätherbst 2013 erwartet.

Inzwischen verhandelt bereits die »imp GmbH« im Auftrag des Leitungsbauers »50 Hertz« mit städtischen Stellen über eine Entschädigungsvereinbarung, die Eintragung von Dienstbarkeiten und Betretungserlaubnisse.

Lothar Bisky (1941 - 2013)

Erinnerungen an einen sanften Kämpfer

von Dr. Steffen Peltsch

Ich lernte Lothar Bisky näher kennen, als wir gemeinsam für die PDS im Medienausschuß der letzten Volkskammer saßen. Die SPD hatte Wolfgang Thierse delegiert, der, was ihn nicht unsympathisch machte, in einer Art Armeeunterhemd und mit Hosenträgern zu den Beratungen erschien, begleitet von Christoph Singelnstein, der bald darauf seine Karriere beim damaligen ORB begann. Es durfte geraucht werden, und wir halfen einander gelegentlich mit einer Karo aus, die auch von den beiden Sozialdemokraten bevorzugt wurde.

Zum erlauchten Gremium gehörte auch ein junger Mann aus Mecklenburg, Typ Klassenprimus, der sich durch vorausseilendes Kopfnicken und gediegene Halbbildung auszeichnete. Des Parteienproporz wegen war die Leitung des Ausschusses an einen DSU-Mann geraten, und die famosen Deutsch-Sozialen hatten in Ermangelung medienkundiger Kader einen Lehrer aus Weixdorf bei Dresden mit der Funktion besetzt. Der Pauker hieß Schwarz – nomen es omen –, hätte aber besser Braun geheißen. Scharf wie ein Richtschwert, begabt mit einem gewissen rhetorischen Talent, aber von Presse, Funk und Fernsehen verstand er so viel wie ein Vogel von Ornithologie. An der Tür seines Abgeordnetenzimmers hing ein Plakat, auf dem Wegweiser zu polnischen Städten wie Danzig, Breslau und Hindenburg mit dazugehörigen Kilometerangaben zu sehen waren. Nichts anderes als eine Aufforderung, sich eines bösen Tages die geraubten Ostgebiete wieder einzuheimsen.

Schwarz überstand eine für ihn sehr heikle Situation mittels unglaublicher Unverschämtheit. Leute vom »Eulenspiegel« hatten eine sogenannte »Pädagogische Lesung« ausfindig gemacht. Das waren Fleißarbeiten, in denen Lehrer Erfahrungen bei der sozialistischen Jugend-erziehung aufschrieben, mehr oder weniger zur Selbstbefriedigung, denn außer einer Bewertungskommission, die von Margot H. eingesetzt worden war, nahm die »Werke« niemand mehr in die Hand. Auch Schwarz hatte Derartiges abgesondert, und zwar über seine Methoden bei der Gewinnung von Offiziers- und Unteroffiziersnachwuchs für die NVA. Das Machwerk, vom »Eulenspiegel« ausgiebig zitiert, strotzte nur so von DDR-Patriotismus, der »Notwendigkeit des Ehrendienstes zur Abwehr westdeutscher Aggressionspläne« und ähnlichen

Phrasen, und da und dort ließ der wackere Werber durchblicken, daß man auch mit dem »Mittel der Beurteilung« nachhelfen könne, wenn Ehrendienstbereitschaft herzustellen sei.

Schwarz wurde so zwar als charakterloser Haderlump enttarnt, fand aber – wie andere auch – den Dreh, sich nachträglich in den Stand der Unschuld zu katapultieren und den roten Teufeln alles anzuheften: Er sei gezwungen worden! Wie wahrscheinlich auch an seiner Schule, Staatsbürgerkunde zu unterrichten.

Wir befanden uns also in einem demokratischen Gremium, dem ein Wendehals der allerübelsten Sorte vorsah. Das war, wie man heute sagen würde, »gewöhnungsbedürftig«. Hatten aber mehrere Asse im Ärmel, die zu zücken uns mächtig gewaltigen Spaß machte. So kannten wir uns – wie Thierse, Singelnstein und ein paar andere aus Berlin oder dem Umland auch – sehr genau aus, was Programm, Funktion und mediale Methodik des Westfernsehens betraf. Jürgen Schwarz, der Ostlandreiter, aber kam aus dem Tal der Ahnungslosen und ging aus wie ein Kirchenlicht, wenn von »Panorama«, der »Tagesschau« oder »Weltspiegel« die Rede war, und wir sorgten dafür, daß das möglichst oft geschah. »So ganz fremd kann Ihnen das Westfernsehen ja doch nicht gewesen sein«, gab eines Tagungsabends Lothar Bisky zu bedenken, »denn Sie sollen ja Schnitzlers 'Schwarzen Kanal' für Ihre Staatsbürgerkunde-stunden genutzt haben«. Das war zwar auf den Busch geklopft, schien aber seine Richtigkeit zu haben, denn der Fiesling, der später Nachhilfestunden beim »Schnitzler des Westens«, einem gewissen Löwenthal, nahm, lief rot (!) an, wühlte in seinen Unterlagen und grunzte was, das sich nach »Müssengradsiesagen« anhörte.

Recht hatte er – Lothar mußte das sagen. Aber Schwarz hatte sich inzwischen eine Te-

flonschale wachsen lassen, an der die immer wieder laut werdenden Vorwürfe aus verschiedenster Richtung abperlten. Einem Menschen, der kein Gewissen hat, kann man nicht ins Gewissen reden; ist der Ruf erst ruiniert, lebt ein solcher ungeniert.

Einmal hatte uns der Kulturausschuß eingeladen, in dem auch ein bekannter Lyriker, inzwischen CDU, ein Amt hatte. Mit uns waren auch ein paar andere Dichter des Ostens zu Gast, deren Namen jedes Schulkind kannte. Die absolut unterentwickelte Belesenheit des Jürgen Schwarz wurde bald offenbar, so daß Lothar Bisky, der neben ihm zu Stuhle gekommen war, dem schneidigen Dümmling dadurch aus der Patsche half, daß er ihm die Namen und ein paar Buchtitel zuflüsterte. Ungeachtet der laufenden Diskussion, die bald von einem weiteren Gast, einem Kulturfrützen des Westberliner Abgeordnetenhauses, durch Zwischenruf unterbrochen wurde. Was die beiden Herren da zu quasseln hätten, es gehe ja um eine ernsthafte Diskussion. Schwarz lief wieder einmal rot an, und Lothar sprach den schönen und wahren Satz: »Wir betreiben die Versorgung mit Basiswissen.«

Lothar, der im PDS-Parteivorstand stark beansprucht wurde, sich um die künftigen Arbeitsbedingungen seiner Filmstudenten kümmerte, als gefragter Redner durch die Lande zog und sich immer wieder plumper Attacken, bei denen sich Leute wie »Ananas«-Krause und Vera Lengsfeld (damals noch Wollenberger – bbb) besonders hervortaten, zu erwehren hatte, machte zwar manchmal einen überarbeiteten, nie aber einen müden Eindruck. Wenn mir im Ausschuß gelegentlich die Galle überlief ob der mit Siegerpose vorgetragenen Statements der »Konservativen«, Erklärungen, in denen z.B. der »BILD«-Zeitung als Beispiel für zupackenden

An den 11. September erinnert

Am Rande der Aufführung des Theaterstücks »Punk A Gonnny« auf dem Potsdamer Platz am 11. Septembers gab es anlässlich des zwölften Jahrestags des Anschlags auf das World Trade Center in den USA eine besondere Performance mit einer etwas anderen als der »offiziellen« Sicht auf die Ereignisse.

Einige Passanten erinnerten dabei auch an den Putsch in Chile vor 40 Jahren, bei dem der sozialistische Präsident Dr. Salvador Allende ums Leben kam. Die Potsdamer Allee trug bis 1992 dessen Namen.



Residenzpflicht

INVISIBLE BORDERS

Ausstellung noch bis zum 25. Oktober

HNE · Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) · Haus 5 Schicklerstraße 5 Eberswalde
Eintritt frei

Die HNE, der AstA der HNE sowie KuBiB e.V. präsentieren die Ausstellung zu unsichtbaren Grenzen in unserer Gesellschaft. Im Begleitprogramm wird die Flüchtlingspolitik der BRD und der Umgang mit Asylbewerberinnen und -bewerbern in Brandenburg thematisiert.

www.invisibleborders.de

Journalismus Verdienste um die ins Haus stehende Einheit bescheinigt wurden, nahm mich Lothar zur Seite und gab zu bedenken, daß wir, mit dem »ND« auf dem politischen Konto, keine allzugroße Lippe riskieren sollten.

Seine Stärke war die Sachlichkeit, mit der er manchem Geiferer begegnete und ihn so zwang, wieder zu sich zu kommen oder aber, das konnte auch passieren, ganz und gar aus dem Häuschen zu geraten. »Wer brüllt, hat unrecht«, pflegte er zu sagen, in aller Ruhe.

Er verteidigte nicht, was nicht zu verteidigen war. Die Biermann-Ausbürgerung nannte er eine »erstrangige Dummheit«, den Bau der Mauer sah er als Versuch, die Notbremse in einem Zug zu ziehen, der schon aus den Schienen gesprungen war. Solche Äußerungen, die von einigen Genossen der »Kommunistischen Plattform« arg gerügt wurden, waren nicht Ausdruck nachträglicher Kühnheit, denn Lothar Bisky hätte auf gehabten Mut vor Königsthronen verweisen können wie etwa die Proteste gegen die (aufgehobenen) Verbote von Debütfilmen seiner Studenten oder seine Kritik am »Sputnik«-Beschuß des Politbüros. An der Hochschule wurde der antistalinistische Film »Die Reue« vorgeführt, was den Rektor fast das Amt gekostet hätte. Und so weiter.

Als ich ihm, abends im Volkskammerrestaurant bei Bier und Karo, vom »Pädagogischen Unrat«, unserem Eberswalder Lehrerkabarett, dem bald verbotenen, erzählte, sagte er: »Wenn Arschlöcher in Funktionen kommen, scheißen sie eben alles zu.« Dieser Satz ist mir im Kopf geblieben. Wohl wegen seiner allgemeinen Gültigkeit.

Was die Aktivitäten des Medienausschusses angeht, so mündeten sie alle in das Generalvorhaben, das zu entwerfende Mediengesetz der Noch-DDR so zu formulieren, daß es bruchlos vom Westen übernommen werden konnte. Soll heißen, es war Deckungsgleichheit mit BRD-Gesetzen herzustellen. Bis auf ein paar Klauseln, die soziale Absicherung von Medienmachern im Osten betreffend, haben die vier Linken im Gremium nichts erreicht. Die Inhalte standen fest, Mühlfenzl aus Bayern stand parat, die DDR-Sender zu regieren, Schwarz konnte bald Vollzug melden. So waren die Verhältnisse.

Bisky blieb Bisky und also ein Dialektiker und Anreger, ein freundlicher Zuhörer und konsequent Reagierender, ein Nicht-Brüller und sanfter Ironiker, der stets das Argument hernahm und nie den beschimpfte, der es vertrat. Er war, so gesehen, das pure Gegenteil von Michel Friedman, dem Erzdemagogen Markwort oder von Hubertus Knabe.

Schwarz verschwand samt seiner Rechtsaußentruppe in der Versenkung. Versuchte noch bis in die ersten Jahre des neuen Jahrtausends in Dresden auf Dummenfang zu gehen und blieb schwarz. Man mag den Sachsen nachsagen, was man nur will, aber so doof, daß sie auf einen Stabülehrer aus Weixdorf noch einmal infallen, so doof sind sie nun doch nicht.

So früh wie möglich fördern

Sprachförderung im Landkreis Barnim



Die Sprachberaterinnen Julia Glienke, Julia Michel und Bärbel Glienke (v.l.) bei den Vorbereitungen für einen Kita-Besuch.

Eberswalde (prest-bar). Seit diesem Jahr sind drei Praxis- und Sprachberaterinnen in den Kitas des Landkreises Barnim unterwegs. »Seit 2008 sind alle Kitas im Land Brandenburg dazu verpflichtet, im Jahr vor der Einschulung Sprachstandserhebungen und -förderungen durchzuführen. Der Barnim hatte in der Vergangenheit mit 28 Prozent der Kinder eine hohe Rate an Sprachauffälligkeiten«, sagt Renate Wolter, die Leiterin des Bildungsteams des Landkreises Barnim. »Mit den Praxis- und Sprachberaterinnen soll die Unterstützung direkt bei den pädagogischen Fachkräften in den Einrichtungen ansetzen.«

Bereits nach einem halben Jahr hatten die drei Beraterinnen fast alle der 115 Barnimer Kitas besucht und den Erstkontakt hergestellt, vor allem zu den Leitungen und zu den Sprachfachkräften. »Wir sind die Unterstützer der pädagogischen Fachkräfte. Wir geben Informationen rund um das Thema Sprache, wir empfehlen Fachliteratur, besprechen Strategien und geben Anregungen. Wir organisieren Fortbildungen und helfen beim Aufbau von Netzwerken«, erklärt Sprachwissenschaftlerin Julia Glienke das Vorgehen.

Sprachförderung soll im Barnim beginnen, wenn die Kinder in die Einrichtung kommen. Grundwerkzeug bilden dabei die »Meilensteine der Sprachentwicklung«, die das Bildungsministerium des Landes Brandenburg seit diesem Jahr an die Kindertagesstätten des Landes verschickt. »Das Gute an dem neuen Material ist, daß es so früh ansetzt. Immer um den Geburtstag des Kindes herum wird der Sprachstand des Kindes festgestellt und nachträglich mit den Eltern ausgewertet«, erklärt Praxis- und Sprachberaterin Julia Michel. »Dennoch gibt es zum Thema Sprache Beratungsbedarf.«

Die Aufgabe der Beraterinnen ist es, den Erziehern Anregungen und Strategien zur Sprachbildung bei Kindern im Alltag zu geben. Die drei Beraterinnen des Landkreises stehen den Kitas deshalb als direkte Ansprechpartner zur Seite. Sie informieren über sprachanregendes Material und helfen mit Rat bei Problemfällen.

»Das A und O, was wir vermitteln, ist das regelmäßige Sprachbad, der so wichtige tägliche Dialog mit jedem Kind. Kinder müssen sprechen. Dazu brauchen sie Sprachanlässe. Kinder brauchen einfachen Kontakt mit Sprache in Form von Liedern, Gedichten, Reimen, Fingerspielen. Die Möglichkeiten sind so groß«, sagt die Praxis- und Sprachberaterin Bärbel Glienke. Sprache wird jedoch aus Sicht der Expertinnen von vielen Eltern nicht als Bildungsbereich betrachtet. »Kinder werden heute zum Kindersport, zur musikalischen Früherziehung oder zum Fremdsprachenunterricht geschickt, aber das Gespräch beim Essen oder die Gute-Nacht-Geschichte wird vergessen«, so die Sprachexpertinnen.

Nach einem halben Jahr zieht das Bildungsteam ein positives Fazit: Die pädagogischen Fachkräfte in den Barnimer Einrichtungen haben jetzt feste Ansprechpartner vor Ort und suchen die Zusammenarbeit. »Wir alle haben das gleiche Ziel, die Sprachfähigkeit der Kinder zu erhöhen. Das liegt nicht nur uns allen am Herzen, das ist die Aufgabe aller«, sagt Julia Glienke. Zum Jahresende gibt es für die pädagogischen Fachkräfte ein besonderes Angebot. Im November lädt der Landkreis Barnim alle Kitaleiterinnen und Kitaleiter zum Fachtag Sprache ein, wobei sich die Praxisleute in vielfältigen Themenforen beteiligen können.

Kleine Galerie sucht »Axt im Walde«

Eberswalde (prest-ew). Im kommenden Ausstellungsjahr sollen in der Kleinen Galerie im Sparkassen-Forum wieder interessante Werkschauen präsentiert werden. Genügend Stoff für Kontroversen sollte das Thema »Axt im Walde« jedenfalls bieten. Künstlerinnen und Künstler können ihre Ideen noch bis zum 15. November einreichen.

Vier bis sechs Ausstellungen sind für Kulturreisende Dr. Stefan Neubacher in der städtischen Galerie denkbar. Das richtet sich nach der Auswahl, die ein fünfköpfiges Kuratorium am 25. Januar aus den eingesandten Konzepten treffen wird. Die Eberswalder Kleine Galerie befindet sich im Obergeschoß des Sparkassenforums in der Michaelisstraße 1.

Der Blockade widerstanden

Am 8. September 1941 wurde Leningrad, die zweitgrößte Stadt der Sowjetunion, von deutschen Truppen eingeschlossen. Diese wunderschöne Stadt mit den vielen Museen sollte auf Befehl Hitlers dem Erdboden gleich gemacht werden. Zu Beginn der fast 900tägigen Hungerblockade befanden sich noch mehr als drei Millionen Zivilisten in der Stadt. Eine Verbindung zum »großen Land« gab es nur noch über den Ladogasee.

Nachdem die Rote Armee die ersten Sturmversuche abgewehrt hatte, konzentrierte sich die faschistische Wehrmacht darauf, die Stadt und ihre Verteidiger auszuhungern. Bereits am 8. September hatte die deutsche Luftwaffe gezielt die Badajew-Lagerhäuser, in denen ein Großteil der Lebensmittelvorräte der Stadt lagerte, bombardiert. Dreitausend Tonnen Mehl und 2.500 Tonnen Zucker verbrannten.

Das Massensterben der Bevölkerung begann. Es war gewollt, wie alle anderen bösen und unmenschlichen Taten, die Deutsche sich einfallen ließen. Lag die Todesrate im Frieden bei gut 3.000 Menschen im Monat, starben im Januar und Februar jeweils fast 100.000. Nichts zu essen und kein Trinkwasser. Die Stadt war ohne Strom und Gas. Den Schülern froh die Tinte im Unterricht ein. Die Brotration wurde für alle, die nicht arbeiteten, bis auf 125 Gramm pro Tag reduziert. Die Versorgungslage besserte sich erst, als die Rote Armee im Januar 1943 eine schmale Landverbindung am Südufer des Ladogasees zurückeroberte. Erst am 27. Januar 1944 konnte der Belagerungsring endgültig gesprengt werden. Rund 1,1 Millionen Leningrader waren gestorben.

Es ist traurig und beschämend für uns Deutsche, daß soviele Leid über die Völker gebracht wurde. Nie werden wir das wieder gut machen können. Deshalb müssen wir uns mit aller Kraft für die Erhaltung des Friedens einsetzen und jede Bedrohung abwehren. Möge uns der Frieden in Europa erhalten bleiben. Putin gibt uns ein gutes Beispiel.

NORBERT GLASKE

Bürgertreffen am 7. Oktober

Eberswalde (bbp). Die »Neue Spartakusgruppe« führt am 7. Oktober, um 10 Uhr, am Denkmal von Max Reimann im Brandenburgischen Viertel gemeinsam mit der KPD-Gruppe BAR-MOL ein Bürgertreffen durch. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen. »Die Linke«, schreibt der Vorsitzende der Gruppe Karl-Heinz Blättermann, »ist unerwünscht auf Aufzügen kommunistischer Kräfte«. Er bezieht sich dabei auf eine Erklärung des LINKEN-Stadtvorstands, der sich vor zwei Jahren ausdrücklich von der »Neuen Spartakusgruppe« distanziert hatte.

Blättermann weist darauf hin, daß die Kundgebungen der »Neuen Spartakusgruppe« am Max-Reimann-Denkmal weiterhin an jedem ersten Montag im Monat stattfinden.

Eine Erfolgsgeschichte für Joachimsthal

Der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. wurde 2010 von einer Gruppe Kulturbegisterter aus Joachimsthal gegründet, um Kulturveranstaltungen in die Stadt zu holen. Uns war der leerstehende »Heidekrugsaal« zugefallen, der 1897 als Ballsaal der gleichnamigen Gaststätte gebaut und zu DDR-Zeiten zuletzt als Kultursaal genutzt wurde.

Nach der Wende gab es noch ein paar Veranstaltungen, dann war der Saal dem Verfall preisgegeben. Als wir ihn übernahmen, waren Löcher im Dach und die Dielen war teilweise durchgefault. Die Sanitäranlagen befanden sich in einem erbarmungswürdigen Zustand und die alten Kachelöfen konnten nur noch abgerissen werden.

In zahllosen Arbeitseinsätzen – vor allem an den Wochenenden, weil wir alle berufstätig sind – haben wir den Saal soweit wieder hergestellt, daß er am 5. März 2011 mit einem Benefizkonzert von *Nä Part und haase & band* wiedereröffnet werden konnte, wofür wir den Musikern bis heute dankbar sind. In den Jahren 2011 und 2012 haben wir mit einer stetig wachsenden Zahl von Mitstreitern jeweils 14 Veranstaltungen organisiert – Rockkonzerte, Theatervorstellungen, Klassische Konzerte, Dokumentarfilm, Kinderkino und vieles mehr.

2012 hielten wir erstmals unser »Outdoor«-Wochenende ab, ein Themenwochenende rund um das Leben draußen mit Dokumentarfilmen, Vorträgen, Workshops und einem Einbaum, den wir innerhalb eines Tages aus einem Pappelelebstamm hergestellt und dann über den Werbellinsee nach Altenhof gepaddelt haben. Seither wissen wir auch, daß ein Ultraleichtflieger, ein Tipi und mehrere Kanus bequem im Saal Platz haben, ohne ihn nennenswert zu füllen.

Mit Provisorium gestartet

Veranstaltungen waren in den ersten zwei Jahren wegen der fehlenden Heizung fast nur in der wärmeren Jahreszeit möglich. Bei einzelnen Veranstaltungen im Winter wie den Weihnachtskonzerten saß das Publikum in dicken Jacken da. Als Kinoleinwand haben wir am Anfang zusammengeheftete Bettlaken benutzt, bis uns Geld für eine richtige Leinwand gespendet wurde.

Die Joachimsthaler nahmen unser Angebot größtenteils dankbar an. In den ersten beiden Jahren hatten wir insgesamt jeweils ca. 1400 Besucher. Von Anfang an stellten wir den Saal auch anderen zur Verfügung, zum Beispiel der Schule für die Einschulung 2011, weil die Aula gebaut wurde oder 2012 dem Tauschring für seinen ersten Flohmarkt in Joachimsthal. Der Abi-Ball 2012 fand im Saal statt und die Bürgerversammlung wegen der drohenden Stilllegung der ODEG-Verbindung nach Eberswalde. Auch Privatpersonen machten von der Möglichkeit, den Saal zu mieten, rege Gebrauch.

Abschied vom Provisorium

Von Anfang an war klar, daß wir den Saal nicht dauerhaft in seinem provisorischen Zustand betreiben wollten. Die Presse sprach bei der Eröffnung sogar von »Baustellen-Charme«.

2012 wurden uns im zweiten Anlauf Mittel aus der LEADER-Förderung der Europäischen Union bewilligt, so daß wir den Saal auf ein neues Niveau heben konnten.

Über den Winter 2012/13 wurden die Wände sandgestrahlt, eine Heizung und neue Fenster eingebaut und der Sanitärtrakt grundsanitiert. Hinter der Gipselemente-Decke aus DDR-Zeiten kam die Decke des alten Ballsaales zum Vorschein, die wir saniert haben, statt sie wieder hinter Deckenelementen zu verstecken. Auch der Umbau wurde mit zahllosen Arbeitseinsätzen an den Wochenenden flankiert, sonst wäre er nicht so schnell über die Bühne gegangen.

Der Saal ist ein echtes Schmuckstück geworden. Im Laufe des Jahres 2013 wurde auch der Fußboden saniert; neue Stühle und Tische wurden ebenso angeschafft wie eine Ton- und Lichtanlage, so daß wir diese nicht mehr teuer mieten müssen.

Keine spürbare Umbaupause

Trotz des Umbaus führten wir auch 2013 unser Veranstaltungsprogramm fort.

Am 14. April wurde der Saal mit einem Frühlingskonzert des Salonorchesters des Brandenburgischen Konzertorchesters aus Eberswalde nach Abschluß der ersten Bauphase wiedereröffnet, eine Woche darauf gab es eine Neuauflage unseres »Outdoor«-Wochenendes. Diesmal haben wir im Werbellinsee ein Floß gebaut. Anfang Mai fand ein dreitägiges Weltmusikfest mit Schwerpunkt auf Balkanmusik statt. Weiterhin gibt es Kinderkino, Theater, Konzerte und ab Herbst eine Reihe zur Geschichte des DEFA-Dokumentarfilmstudios.

Viel Freiraum für Ideen

Weil der Saal jetzt ganzjährig genutzt werden kann, gibt es noch viel Freiraum für neue Ideen. Wer seine Träume verwirklichen oder sich in die bestehende Vielfalt eingliedern will, ist herzlich willkommen. Das unglaublich engagierte Heidekrug-Team ist inzwischen auf etwa 30 Leute jeden Alters angewachsen.

Außerdem besteht weiterhin für Privatpersonen die Möglichkeit, den sehr attraktiven Saal für Feierlichkeiten günstig zu mieten.

Da wir für die Veranstaltungen nur sehr wenig Förderung bekommen und im Rahmen der LEADER-Förderung einen erheblichen Eigenanteil per Kredit aufbringen mußten, sind wir weiterhin für jede Spende dankbar.

GISBERT AMM,

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V.

(www.heidekrug.org)

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Familienbildungsfahrt 2013

Das wunderbare Haus am Meer

In den letzten Zeilen eines wundervollen Gedichtes von Cindy Glang heißt es »...Nun weiß ich, es ist niemals leer, das wunderbare Haus am Meer.«

Auch in diesem Jahr folgten wieder elf Familien aus den Stadtteilen Brandenburgisches Viertel und Finow dem Ruf der Ostseewellen und der Häuser am Meer. Einer langen Planung und Vorbereitung vorausgegangen, packten die Familien ihre Koffer und Reisetaschen, um die Reise nach Ückeritz auf Deutschlands schönste Ferieninsel Usedom anzutreten. Die Planung und die Vorbereitungen für die Familienbildungsfahrt wurden in diesem Jahr von einem Team mitreisender Eltern unter der Leitung der Koordinatorin des Eltern-Kind-Zentrum Brandenburgisches Viertel Jenny Wöpel durchgeführt. So war von Anfang an schnell klar, wenn es keine Alternativen gibt, geht die Reise wieder nach Ückeritz.

Es wurden Anträge gestellt, Spendenbriefe formuliert, geschrieben und versendet sowie nach weiteren Möglichkeiten gesucht, um eine sichere Finanzierung für diese Familienbildungsfahrt zu gewährleisten. Die Eltern im Team »Ruf der Ostseewellen« planten und organisierten schon in Eberswalde ein Programm für die Woche an der Ostsee.

Es wurde in der Tat eine aufregende und erlebnisreiche Woche für alle Familien mit einer



spannenden Schatzsuche, einem Ausflug in die Welt wilder Tiere in Trassenheide auf Usedom, einem Beach-Volleyball-Turnier mit einem beachtlichen 6. Platz als Ergebnis und als krönendem Abschluß fand am Ende der Woche das perfekte Ostseedinner statt.

Das war ein tatsächlicher Höhepunkt der Woche, denn es entstand ein leckeres Buffet. Die Speisen wurden von den Familien zubereitet und anschließend gekostet und bewertet, mit dem wundervollen Ergebnis, daß alle Speisen lecker waren. Der Traum Sommer, Sonne, Strand und Meer fand im vollen Umfang für alle Teilnehmer seine Erfüllung!

Die Familienbildungsfahrt endete mit der Gewißheit für das Jahr 2014 »... es ist niemals leer, das wunderbare Haus am Meer.«

RENÉ-ANDRÉ GLOEDE

Wandertips

6. Oktober, Sonntag, Stadtführung Altstadt Küstrin (3km)

Martin Rogge, Vorsitzender des Verein für die Geschichte Küstrins e.V., führt auf einem kurzweiligen 2 stündigen Spaziergang durch die Altstadt von Küstrin. Dabei begeben sich die Teilnehmer auf die Spuren des jungen Kronprinzen Friedrich II. und seines Freundes Hans Hermann von Katte und hören von seinem traurigem Ende. Aber auch Königin Luise verweilte in dieser Stadt. Johann von Brandenburg, auch »Hans von Küstrin« genannt, ging als Erbauer der Festung in die Geschichte der Stadt ein.

Treff: 13.30 Uhr direkt an der Oderbrücke auf deutscher Seite, 15328 Küstriner Vorstadt
Gebühren: Erwachsene 4,50 Euro, ermäßigt Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. 2,50; Kinder 1 Euro (mit Familienpaß Brandenburg Kinder kostenfrei)

13. Oktober, Sonntag, Das Kloster am Nonnenfließ (Rundwegwanderung 5 oder 10 km)

Wanderleiterin Christel Moews führt auf einem verwundenen Wanderweg am Fließ entlang. Der idyllische Bach läßt die Zeit vergessen und die alten Sagen wieder lebendig werden. Am Liesenkreuz soll ja einmal ein Nonnenkloster gestanden haben. Rast mit Kaffee und selbstgebackenen Kuchen ist eingeplant. Die Tour kann als 5 oder 10 km Tour absolviert werden. Wir bitten um Anmeldung unter 03344-333200!

Treff: 13.30 Uhr vor der Gaststätte »Waldhof«, Spechthausen 39, 16225 Eberswalde Ortsteil Spechthausen. Gebühren: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,10 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

20. Oktober, Sonntag, Weltnaturerbe Grumsiner Forst (Wanderung)

(Schutzzone 1 des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin)
Dr. Michael Luthardt (Forstwissenschaftler und agrarpolitischer Sprecher im Landtag, www.michael-luthardt.de) führt durch den wunderbaren Buchenwald und die Eiszeitlandschaft des Grumsiner Forsts, welcher als Unesco-Weltnaturerbe anerkannt wurde.

Die Wanderung mit Erläuterungen (ca. 6-8 km) wird ca. 3 Stunden dauern. Festes Schuhwerk wird dringend empfohlen. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt. Wir bitten um Anmeldung unter 03344-333200. Maximal 30 Teilnehmer.

Treff: 13.30 Uhr Kirche, Altkünkendorfer Straße 19, 16278 Altkünkendorf. Gebühren: Erwachsene 3 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,50 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

BERND MÜLLER

Miniaturbücher

Keine »Gartenzwerge der Buchkunst«

Viele Geschichten hatte der Frankfurter Erik Rohrbach am Dienstag im Treff 23 auf dem Bernauer Kulturhof zu erzählen. Eingeladen von der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann berichtete er über sein leidenschaftliches Hobby – das Sammeln und Schreiben von Miniaturbüchern.

Bereits 40 dieser maximal 10 mal 10 Zentimeter »großen« Bücher hat er selbst verfaßt und noch viel mehr gesammelt. Entstanden ist seine Leidenschaft schon zu DDR-Zeiten im Zirkel »Schreibender Arbeiter«. 2007 rief Rohrbach – er ist auch Vizevorsitzender des Linken-Kreisverbandes Frankfurt/Oder – die Bewegung »Greift zur Feder, Genossen« ins Leben. Wahres Schreibfieber folgte. Es gäbe viele Menschen, die für ihre Kinder oder Enkel Erinnerungen festhalten wollten, sich aber an ein ganzes Buch nicht herantrauten, so Rohrbach. Mancher, der dann zu schreiben begann, sei dann über sein Talent doch erstaunt gewesen. Auf diese Weise entstand z.B. 2012 das Büchlein zum 20. Brückenfest in Frankfurt/Oder mit kleinen Anekdoten und Geschichtchen rund um das Ereignis.

Die wundervoll gestalteten Miniaturbücher, von denen Erik Rohrbach eine Sammlung in den Treff 23 mitgebracht hatte, werden in kleinen Auflagen über den europaweit einzigen Miniaturbuchladen »MINILIBRIS« in Berlin-Friedrichshain (www.minilibris.de) vertrieben. Der Inhaber des Minibuch-Handels, Falk Thielicke, vermittelt nicht nur den Druck, sondern übernimmt auch den Vertrieb.

In Berlin widmet sich der Freundeskreis Miniaturbücher e.V. der Förderung dieser literarischen Form mit dem Ziel, das spezielle buchkünstlerische Erbe der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Seine nicht nur deutschlandweit fast 100 Mitglieder treffen sich regelmäßig zum Stammtisch, um u.a. über die Pflege der Buchkunst, ihre Geschichte und die handwerklichen Traditionen zu diskutieren. Interessenten können sich melden unter der Email-Adresse vorstand@minibuch-berlin.de.

Möglicherweise hat Erik Rohrbach bei dem einen oder anderen die Lust am Schreiben geweckt, resümiert Dagmar Enkelmann am Ende des interessanten Abends.

BÄRBEL MIERAU

Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow:

Einmal im Monat immer dienstags steht das Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow auf dem Programm.

Nächste Termine sind der 8. Oktober und der 5. November. Beginn ist jeweils 14 Uhr.

Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Die ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Freitag eine Vielzahl von Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur.

»Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

Ein Teil Musikgeschichte kehrt nach zehn Jahren zurück:

Neuaufgabe von »Rock Me Magdalena«

Zehn Jahre nach dem letzten Rockkonzert in der Maria-Magdalena-Kirche haben sich 13 Enthusiasten gefunden, die eine Neuaufgabe der fast schon legendären »Rock Me Magdalena«-Konzerte planen. Gute Geschichten werden oft und neu erzählt, so auch die von »Rock Me Magdalena«. Traditionell am 25. Dezember 2013, aber diesmal in anderer Kulisse, und zwar im Haus Schwärzetal, findet ab 19 Uhr ein Konzert mit überwiegend lokalen Bands statt. Unter anderem werden BLACK ACES und HALBSTARK abrocken.

Im Dezember 1991 stand die evangelische Jugend im Kirchenkreis Barnim vor der Frage, welchen Beitrag sie leisten kann, das Miteinander von Menschen in der Zeit nach der Wiedervereinigung zu stärken. Betriebe schlossen und Menschen wurden arbeitslos, was den Nährboden für Fremdenfeindlichkeit bot, welche im gewaltsamen Tode von Amadeu Anto-

nio gipfelte. Als Antwort entwickelte die evangelische Jugend am 28.12.1991 die ersten Konzeptideen für ein »Rock Me Magdalena«-Konzert. Die »jugend-kirchen-politische Bewegung der 90er Jahre in Eberswalde«, wie es der damalige Organisator Hartwin Schulz nannte, wurde von da an ein Event, das immer ganzjährig vorbereitet wurde. Noch heute gibt es am 1. Weihnachtsfeiertag das Treffen »Freunde treffen Freunde« mit hunderten Besucher/innen, das damals im Anschluß zu »Rock me Magdalena« stattfand. Es gibt die Erinnerung, vielleicht auch den Mythos einer Bewegung, die eine ganze Generation geprägt hat.

Tickets für »Rock me (ohne) Magdalena« sind im Vorverkauf und an der Abendkasse erhältlich. Weitere Informationen unter www.rock-me-magdalena.de

TOBIAS EMMERICH,
Vorsitzender Rock me Magdalena e.V.

Wir sind die Größten!

Zum Tag der Deutschen Einheit treffen sich vier Bürgermeister aus kleineren Städten des Landes in Potsdam auf einem Empfang. Schnell geht es um die Frage, welche kommunalpolitischen Erfolge man in den letzten Jahren vorweisen kann. Und jeder unserer Stadt-Oberen kann in diesem Gespräch punkten.

Der erste Bürgermeister beginnt: Wir haben das beliebteste Einkaufszentrum im Land, dessen Toiletten sich nur über einen Fahrstuhl erreichen lassen und per Münzeinwurf geöffnet werden können!

Nicht schlecht, konterte Bürgermeister Nr. 2: Aber, wir haben die älteste Backstein-Psychiatrie im Lande, mit der höchsten Rate an Fixierungen im gegenseitigen Einvernehmen an Osterwochenenden!

Das ist sehr beachtenswert, meinte der dritte Bürgermeister: Doch unsere Stadt hat den größten Anteil an superschlanken, durchsetzungsfähigen Grundschulkindern, mit Hartz-IV-Hintergrund in Plattenbau-Vierteln. Das soll uns erst einer mal nachmachen!

Der vierte Bürgermeister wußte gar nicht, was er sagen sollte. Er stockte ein bißchen und sagte nur kleinlaut: Wir sind die Stadt im Lande, die gar keinen Superlativ vorweisen kann. Unsere Beamten machen einfach gewissenhaft ihre Arbeit, ohne groß darüber zu reden ...

J.G.

Brandenburgische Rentnerinitiative

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, jeden zweiten Mittwoch im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Renteninitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Renteninitiative« unter Leitung von Dr. Ruth Sommerfeld gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt. Der nächste Termin ist am Mittwoch, dem 9. Oktober, von 10 bis 13 Uhr.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- ☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- ☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ☐ per Bankeinzug ☐ per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

- ☐ Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)
- ☐ Ich möchte die Lesergruppe <https://www.facebook.com/groups/bbp.online/> nutzen
- ☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

Mittwoch, 23. Oktober, 19 Uhr:

Uwe Madel liest und erzählt aus seinem Buch »Täter Opfer Polizei« in der Märchenvilla (Brunnenstraße). Eintritt: 15 Euro.

Das Team der Buchhandlung Mahler

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und .../bbp-blog/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Gloede, Gramzow, Köhler, Markmann (4), Rud-Wolga, Staude, Triller

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 26. September 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 7. November 2013.